

Posener Zeitung.

Zweihundertseitigster Jahrgang.

Das Abonnement auf dies mit Ausnahme der Montage täglich erscheinende Blatt beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 1½ Thlr., für ganz Preußen 1 Thlr. 24½ Sgr.

Bestellungen nehmen alle Postanstalten des In- und Auslandes an.

Annoncen-Annahme-Bureaus der Posener Zeitung sind: in Posen bei Hrn. Buchhändler Joseph Polowicz, Markt 74 und Hrn. Krupski (C. H. Ulrich & Co.), Breitestraße 14; in Gnesen bei Hrn. Theodor Spindler, Markt- und Friedrichstraße-Ecke Nr. 4; in Rogasen bei Hrn. Buchhändler Jonas Alexander; in Schrimm bei Hrn. Hermann Cassiel; in Grätz bei Hrn. Louis Streisand und Hrn. D. Kempner; in Bromberg E. S. Mittler'sche Buchhandlung; in Berlin, Breslau, Frankfurt a. M., Leipzig, Hamburg, Wien und Basel: Haasenstein & Vogler; in Berlin, München, St. Gallen: Adolf Rosse; in Berlin: A. Reitmeyer, Schloßplatz; in Breslau, Kassel, Leipzig, Bern und Stuttgart: Sachse & Co.; in Breslau: Emil Habath; Jenke, Bial & Freund; in Frankfurt a. M.: G. L. Daube & Co.; Jäger'sche Buchhandlung.

1½ Sgr. für die fünfgesparte Seite oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu richten und werden für die am demselben Tage erscheinende Nummer nur bis 10 Uhr Vormittags angenommen.

Amtliches.

Berlin, 1. März. Se. M. der König haben Allergnädigst geruht: Den Titular-Ober-Stadtmüller Werneburg zu Erfurt, den Titular-Ober-Stadtmüller Müller zu Danzig, den Wirklichen Stadtmüller und Ober-Stadtbeamten Polch zu Aachen und den Wirklichen Stadtmüller und Ober-Stadtbeamten Eigenbrodt zu Koblenz zum Ober-Stadtmüller und Vertreteren der Regierungs-Abtheilung für Domänen und Forsten zu ernennen.

Bur Tagesgeschichte.

Die neuen Provinzen genießen jetzt das Vergnügen, die patriarchalische Besorglichkeit des Herrenhauses kennen zu lernen. Bekanntlich hat dasselbe die Städteordnung für Schleswig-Holstein und das Gemeindegebot von Nassau nach Kräften abgeändert, um dem beschränkten Unterthanenverstande nicht zu viel Wahl und Dual zu lassen. Sollte nun die gesetzliche Regelung der Gemeindeverhältnisse in jenen Landestheilen nicht auf unbestimmte Zeit hinausgeschoben und dadurch eine Zeit vollständiger Unsicherheit geschaffen werden, so müsste das Abgeordnetenhaus die Gesetzentwürfe mit den Abänderungen des Herrenhauses annehmen; — und das hat es, wenn auch gewiß in gedrückter Stimmung ob der Unfruchtbarkeit seines Schaffens, am Montag gethan.

Das Herrenhaus beschäftigte sich fast zur selben Zeit mit dem Gesetz über Vorbildung der Juristen. Einiges Chaffement erregte den "Herren" die Frage, ob die Vorbereitungszeit der Referendarten zum letzten Staatsexamen wie das Abgeordnetenhaus will — 3 Jahre oder nach der Regierungsvorlage, welche von der Kommission des Herrenhauses befürwortet wurde, 4 Jahre dauern soll. Der Regierungskommissar fand die vom Abgeordnetenhaus beliebte Fassung nicht annehmbar, er wollte dann das ganze Gesetz aufgeben; während sein Chef, der Justizminister erklärte, daß die Änderung nicht eine solche sei, die das Gesetz absolut unauchmehr mache. Indessen das Herrenhaus, gelten seinen traditionellen Gefühlen gegen seinen stamfischen Brüder, verworf trocken die Amending des anderen Hauses.

Die Abänderung der Verordnung über das Judenwesen in unserer Provinz fand nach den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses Gnade vor den Augen des hohen Hauses, und wir dürfen also nächstens die Publikation dieses, die alten Missbräuche abschaffenden Gesetzes erwarten.

Der Bundesrat hält bereits fleißig Sitzungen. Wenn eine bisher nur als Gericht auftretende Nachricht begründet ist, so dürfte er sich nächstens mit einer Vorlage über weitere Konzentration des Bundesstaates beschäftigen.

Da der Herzog Ernst von Coburg-Gotha seinen sehnlichsten Wunsch, wie er sich kürzlich in seiner bekannten Rede bei der Feier seiner 25-jährigen Regierung ausdrückte, hinsichtlich der staatlichen Vereinigung der beiden Herzogthümer Coburg und Gotha auch jüngst wieder an dem kleinen Partikularismus, vornehmlich der gothaischen Abgeordneten scheitern sah, so geht jetzt das Gerücht, er wünsche, nach dem Beispiel Waldeck's, die gesammte Verwaltung der Herzogthümer an Preußen abzutreten. Sollen überhaupt die kleinen thüringischen Staaten bei den erhöhten Geldanforderungen, welche der Norddeutsche Bund für gemeinsame deutsche Zwecke an sie stellt, noch fernerhin fortbestehen, so muß freilich auch ihre höhere Verwaltung ungleich mehr vereinfacht werden, als dies bisher noch immer geschah. So hat z. B. das Herzogthum Gotha, mit 112,000 Einwohnern, zwei Minister, vier Staatsräthe und mindestens sieben bis acht Regierungsräthe, und das Herzogthum Coburg mit 47,000 Einwohnern, ebenfalls über ein halbes Dutzend Vorstände der Departements und Staatsräthe allein in seiner höheren Verwaltung. Eben so ist das kleine Herzogthum Meiningen überreichlich mit hohen Beamten aller Art gesegnet. Das entschieden Richtigste würde jedenfalls sein, wenn alle diese kleinen thüringischen Fürstenthümer, deren Gebiet ohnehin schon so durch einander steht, daß ein Fußgänger in einer Stunde oft ein halbes Dutzend verschieden Territorien passirt, ihre Gesamtverwaltung gleicher Weise zusammen vereinigt, wie sie schon sehr richtig und erfreulich dies mit ihrer höheren Justiz begonnen haben. Mancher preußische Landratsbezirk zählt mehr Einwohner, wie ein kleines thüringisches Fürstenthum, und es ist ein Unding, in jüngerer Zeit für solche winzige Zwerghäuser noch besondere Ministerien mit so und so viel verschiedenen Departements haben zu wollen.

Der Konflikt zwischen der Türkei und Griechenland ist zwar beigelegt, doch steht der Wiederherstellung eines feindschaftlichen Einvernehmens zwischen beiden Regierungen noch so manches Hindernis im Wege. Urkache dazu ist vornahmlich die der griechischen Antwort auf die Deklaration der Pariser Konferenz beigefügte Note an den Herrn Rhangabe in Paris, welche nicht ohne Schärfe das Verfahren der Türkei Griechenland gegenüber in dem letzten Streitfalle kritisiert. Die Pforte, welcher allerdings keine amtliche Mitteilung von dieser Note des Athener Kabinetts an den griechischen Gesandten in Paris gemacht worden, welcher jedoch Existenz und Inhalt derselben nicht unbekannt geblieben ist, hat, wie berichtet wird, ihrerseits eine Gründung an die Mächte gelangen lassen, in welcher sie es der Konferenz anheimstellt zu beurtheilen, inwiefern die der De-

pesche beigemischten Anschuldigungen, in demselben Augenblick erhoben, wo die Regierung, gegen welche sie gerichtet, so offenkundige wiederholte Beweise der von ihr nie verleugneten Mäßigung gegeben, als loyal zu erachten seien, im Uebrigen aber die Versicherung ertheilt, daß sie sich dadurch nicht beirren lassen werde, zu ihrem Theile der von ihr akzeptirten Entscheidung Europas treu und redlich nachzuleben und zur Erhaltung des Friedens, den nicht sie gestört, nach wie vor gern und aufrichtig die Hand zu bieten.

Wenn die Pariser Konferenz sonach ein gesundes Resultat aufweisen könnte, so würde sie zu ähnlichen friedlichen Interventionen ermuthigen. Daß solche wirklich in der Absicht der Mächte liegen, scheint gewiß, und die vor einiger Zeit gebrachte Nachricht, daß die Konferenz vor ihrem Auseinandergehen, die von ihr selbst im griechisch-türkischen Konflikt als Richtschnur beobachteten Normen den übrigen Mächten als gemeinsam zu befolgende völkerrechtliche Grundsätze empfohlen und sie zu deren Annahme eingeladen habe, gewinnt an Glaublichkeit, da jetzt auch die offizielle Presse Frankreichs mittheilt, daß durch die Vertreter Frankreichs — und ohne Zweifel auch durch die Vertreter der übrigen bei der Konferenz beteiligt gewesenen Regierungen — bei den auswärtigen Mächten diese letzteren eingeladen werden sollen, auch ihrerseits das Prinzip der Vermittelung bei sich ergebenden ernstlichen Verwicklungen, wie es von der Pariser Konferenz zur Anwendung gebracht worden, anzunehmen. Ein Nachtrag zum Französischen Gelbblatt wird, wie ferner mitgetheilt wird, das betreffende Mundschreiben des Marquis de Lavalette enthalten. Ein ähnlicher Vorschlag ging bekanntlich auch von der Pariser Konferenz 1856 aus, in welcher der Vertreter Englands, Lord Clarendon, die Vertreter der übrigen Mächte zu der Kollektiverklärung veranlaßte: „daß Staaten, zwischen denen ein ernstlicher Streit sich erhebe, sich an die vermittelnde Thätigkeit einer befreundeten Macht wenden würden, bevor sie zu den Waffen griffen.“ Obschon diese Erklärung der Natur der Sache nach nicht die Form eines Beschlusses hatte, so war sie doch mehrfach von unverkennbarer moralischer Wirkung. — Das Verdienst, bei dem jüngsten Konflikt die friedliche Vermittelung hervorgerufen zu haben, gebührt Preußen. Das soll auch eine offizielle Anerkennung gefunden haben. Wenigstens wird der „Wes. Z.“ aus Berlin telegraphirt, daß in diplomatischen Kreisen versichert wird, die an der Pariser Konferenz beteiligten Regierungen hätten ihre Vertreter in Berlin beauftragt, der preußischen Regierung ihre volle Anerkennung der zur Beilegung des türkisch-griechischen Streites ergriffenen erfolreich Initiativen zu bezeugen.

Aus Anlaß der Abberufung der französischen Militärmission hat Fürst Karl von Rumänien ein eigenhändigtes Schreiben an den Kaiser Napoleon gerichtet, um ihn für die Förderung, die der rumänischen Armee durch die scheidenden Offiziere geworden ist, den Dank seiner Truppen und seines Volkes auszusprechen. Also berichtet die „Post“ und erzählt dann weiter:

Der Fürst berührt bei dieser Gelegenheit einige andere, auf die gegenseitigen Beziehungen influirende Fragen. Er ist erfreut über den Empfang, den sein Agent am französischen Hofe gefunden, und über die Versicherungen des Wohlwollens und der Teilnahme für Rumänien, die er von dem Kaiser erhalten hat. Er erkennt die Notwendigkeit an, mit seinen Nachbarn in Frieden und Freundschaft zu leben, und die strikteste Neutralität zu beobachten. Rumänien, sagt er, besiegt die freiste Verfassung; es könnten demnach wohl Dinge vorkommen, die seiner Regierung eine vorübergehende Verlegenheit bereiten, und irrig interpretiert, sogar im Ausland Beunruhigung verursachen. Aber das könnte in allen freien Ländern geschehen. Uebrigens hätten die Agitationen, über die man sich beklagt habe, keinerlei Wichtigkeit. Das frühere Ministerium, das einigen Mächten mit Unrecht Besorgniß eingesetzt habe, sei durch ein anderes ersetzt worden, dessen eifriges Streben darauf gerichtet wäre, jedes Missverständniß zu vermeiden. Fürst Karl habe sich zuerst an den Kaiser Napoleon, den alten und treuen Freund der rumänischen Unabhängigkeit gewendet, um diese versöhnliche Politik durch sein eigenes Wort zu bekräftigen.

Deutschland.

△ Berlin, 1. März. Es gilt jetzt als gewiß, daß die Regierung den Gedanken an die Versezung des Oberpräsidenten von Münchhausen nach der Provinz Preußen, in Nebereinstimmung mit den Wünschen desselben aufgegeben hat. Degegen wird jetzt die Verlegung eines anderen höheren Verwaltungsbamten auf diese Stelle in Aussicht genommen. (Im Einlaß mit dieser Nachricht unseres Herrn Korrespondenten meldet die „Kreuz“: „Unter den hervorragenden Kandidaten für das Oberpräsidium der Provinz Preußen wird jetzt besonders wieder der Oberpräsident von Posen, v. Horn, genannt.“) Noch ausführlicher berichtet ein Berliner Korrespondent des „Oriental.“, indem er meint, daß in Kreisen, welche dem Ministerium nahe stehen, die allgemeine Ansicht herrsche, daß betrifft der Übernahme des Oberpräsidiums in Preußen durch Herrn von Horn und in Posen durch den Grafen Königsmarck im Kabinett thutsächlich berathen worden sei, und daß diese Veränderungen nur von der Annahme der von der Regierung dem Grafen Königsmarck festgestellten Bedingungen und von der Zustimmung der Regierung auf einige von dem Kandidaten erhobenen streitigen Fragen abhängen. — Wahrscheinlich meint der Korrespondent des polnischen Organs damit den Direktor der neuen Landschaft in Posen, den Grafen Königsmarck auf Ober-Lesnitz bei Chodziesen. — Red. der „Pos. Ztg.“ — Der König beabsichtigt, wie man erfährt, sowohl die Landtagssession in

Person zu schließen, als auch die Reichstagssession in Person zu eröffnen. — Im ersten Koblenzer Wahlbezirk ist der Kreisrichter Stelzer zu Weißlar (freikonservativ) zum Mitglied des Reichstags mit 6031 Stimmen gewählt worden. Auf den Obertribunalssatz Freiburg fielen 1569 und auf den Grafen Haßfeld 1266 Stimmen.

Berlin, 1. März. (Ges.) In der heutigen Sitzung des Bundesraths unter dem Vorsitz des Freiherrn v. Triesen wurden die Präsidialvorlagen über den Gesetzentwurf, betreffend die Be- strafung der Entziehung vom Kriegsdienste, sowie ein vom Königreich Sachsen vorgelegter Gesetzentwurf über die Errichtung eines obersten Gerichtshofes für Handelsachen an die betreffenden Ausschüsse verwiesen. Hierauf folgten Ausschussberichte über

1) die Gesetzentwürfe, betr. die Maßregeln gegen die Kinderpest und die Einführung der Deutschen Wechselordnung und des Handelsgesetzbuchs als Bundesgesetz; 2) der Antrag Sachsen-Koburgs, betr. das Versicherungswesen; 3) die Präsidialvorlagen, betr. die ärztliche Untersuchung der in Russland lebenden militärischpflichtigen Norddeutschen, und den Antrag Badens wegen Ableistung der Militärschuld; 4) die Resolution des Reichstags wegen Erhöhung des Servis-Tarifs; 5) Petitionen; 6) den Gesetzentwurf über Beschlagsnahme des Arbeits- und Dienstlohn.

— Das zur Erinnerung der Siege von 1864 und 1866 hier auf dem Königsplatz zu errichtende Denkmal hofft man noch in diesem Jahre entblößen zu können, und es sollen, wie man hört, zu der Feier Deputationen der sämtlichen Truppentheile des Land- und Seeheeres hierher kommen. Das Reiter-Standbild des Königs Friedrich Wilhelm III., zu welchem Denkmal 1863 der Grundstein feierlich gelegt wurde, soll dem Vernehmen nach im nächsten Jahre, dem Säkular-Geburtsjahr des erwähnten Königs, zur Aufstellung im Lustgarten, Angesichts des Residenzschlosses, gelangen. In die Nähe dieses Denkmals sollen auch die Standbilder Steins und Hardenbergs kommen.

— Der königliche Gesandte in Florenz, Graf Usselton, soll, wie die „Kreuztg.“ hört, von dieser Stelle abberufen werden.

— Die „Zeid. Korresp.“ schreibt: Wenn auch der kurhessische Kabinetsrath Schimmpfeng seinen kurfürstlichen Herrn hinsichtlich der 200 Eisenbahn-Stammaltien, welche derselbe für die Koncessionierung der Hanauer Bahn beansprucht haben soll, nachträglich in Schutz zu nehmen versucht, so können wir doch nicht umhin, ganz einfach zu bemerken, daß die neuerdings mehrfach besprochene Thatache altemäßig konstatirt ist und keineswegs in der gesagten Regierung des Kurfürsten vereinzelt dasteht.

Hamburg, 28. Februar. (Ges.) Wie aus Naumburg gemeldet wird, ist der in der ersten Sitzung der Ritter- und Landschaft gestellte Antrag auf Einverleibung Lauenburgs in das Königreich Preußen sehr günstig aufgenommen worden; auf Antrag des Landtagsmarschalls v. Bülow sollen Unterhandlungen mit der Regierung über die Modalitäten des Eintritts Lauenburgs in die preußische Monarchie angelängt werden.

E Dresden, 28. Februar. Wie Ihnen schon berichtet worden, haben die Vertreter dreier Reichstagswahlbezirke in Sachsen ihrer Berufstätigkeit entsprechend Schaffrau für Dippoldiswalde, Berent, Plauenchen Grund etc. Memmen für das Voigtland, Schreck für Pirna. Neuerdings und zuletzt gesellt sich hierzu noch Sachse für Freiberg. Es ist das an und für sich ein erfreuliches Ereignis; denn dieses Vorgehen der zum Theil sehr wohlhabenden Abgeordneten beweist das geringe Interesse Sachsen am Nordbunde. Was man hinsichtlich der angeordneten Neuwahlen vernimmt, so verlautet, daß die Bevölkerung, namentlich auf dem Lande, ebenfalls wenige Lust beziegt, sich an dem Wahlatte reichhaltig zu beteiligen. Als Kandidaten hat die nationalliberale Partei aufgestellt für Pirna und Umgebung: Adv. Gisoldt, welcher mit dem Konservativen Grafen Stoy und mit dem Lippalleener Adv. Nericke zu kämpfen hat; für Dippoldiswalde, Therenf. u. f. den Chefredakteur Adv. Siegel, dem der konervative Hofrat Ackermann gegenübersteht und ein Rittergutsbesitzer Grah; für das Voigtland: Behneuer, der mit dem konservativen Rittergutsbesitzer Seiler auftritt; für Freiberg und Umgebung: Adv. Kugler. — Neben dieser Tätigkeit beschäftigt die Parteien noch die Vorbereitung der für Ende Mai oder Anfang Juni bevorstehenden Landtagswahlen. In dieser Richtung ist die nationalliberale Partei Sachsen unlängst durch eine Landesversammlung in Leipzig thätig gewesen, auf welcher ein Programm entworfen wurde, dessen Inhalt wir Ihnen noch einberichten wollen; heute findet dem Vernehmen nach hier in Dresden eine gleiche Besprechung der Fortschrittspartei statt. Die sogenannte Volkspartei, das ist die sächsisch-partikularistische Demokratie, welche mit der preußischen Volkspartei einen Namen und zwei Gedanken nur gemein hat, bezeichnet sich gar nicht an den Landtagswahlen, weil sie selbst das jetzt gegebene freisinnigere Wahlgesetz aus dem formellen Rechtsgrunde verwirft, daß dasselbe nicht mit den Verfassungsgesetzen von 1848 und 1849, welche allerdings widerrechtlich durch Bußfahrt aufgehoben worden sind, identisch sei. Ob diese Prinzipienreiterei, so achtbarem Hintergrund sie auch hat, an sich politisch nützlich sei, ist stark zu bezweifeln. Man kann als Minorität behufs Errichtung von Verfassungskstitutionen eintreten in das Parlament, welches nicht genügend erscheint; vollständige Entwicklung politischer Thätigkeit erweist sich in den meisten Fällen als thöricht.

Oesterreich.

Wien, 27. Febr. Heute ist wieder ein Schritt zur praktischen Durchführung der Verfassung zu verzeichnen. Diesmal handelt es sich um die im Artikel XII. des Grundgesetzes über die Regierungs- und Vollzugsgewalt vorgesehene persönliche Verantwortlichkeit der Staatsbeamten. In einem Erlass an die Länderchefs ordnet Minister Gisler an, daß das Vorschriften der Behörde als solcher aufzuhören habe, und daß in den Bescheiden und Erledigungen an die Parteien von nun ab der Statthalter, der Bezirkshauptmann oder deren Stellvertreter im eigenen Namen sprechen. Gleichzeitig wird angeordnet, daß die Erledigungen

freien Fuß sezen; das Gericht hat aber den Fürsten abschlägich beschieden.

Niederlande.

Haag, 1. März. Die Kammer der Abgeordneten hat in heutiger Sitzung nach kurzer Berathung mit 51 gegen 4 Stimmen den Gesetzentwurf betreffend die neue Rheinschiffahrtsakte genehmigt.

Frankreich.

Paris, 27. Febr. Der Kaiser stellte gestern dem Herzoge und der Herzogin von Nassau, welche im Hotel Bristol wohnen, einen Besuch ab, und begab sich von dort zu Drouyn de Lhuys, mit welchem er eine längere Unterredung hatte. Letzteres fiel insofern auf, als dieser Staatsmann bekanntlich von jeher ein warmer Anhänger der österreichisch-französischen Allianz war. Die Kaiserin begleitete den Kaiser nicht. Sie ist noch frank und muß das Bett hüten. Der Gesundheitszustand des kaiserlichen Prinzen ist auch nicht der beste. Er hat wieder Schmerzen im Schenkel und man befürchtet, daß seine frühere Krankheit, die ihn bekanntlich Monate lang aufs Lager fesselte, ihn wieder heimsuchen wird. Die Stimmung in den Tuilerien ist unter diesen Umständen eine ziemlich düstere. Sie wird natürlich noch vermehrt durch die inneren Schwierigkeiten.

Paris, 1. März. Der Senatspräsident Troplong sowie Alphonse de Lamartine sind in der vergangenen Nacht gestorben.

Der gesetzgebende Körper drückte zu Anfang der heutigen Sitzung sein Beileid über den Tod Beider aus. Abg. Dumiral erstattete darauf Bericht über die Arbeiten der Kommission für die Gesetzesvorlage betreffend den Vertrag der Stadt Paris mit dem Kredit foncier. Der erste Artikel, in der von der Kommission jetzt gegebenen Fassung, autorisiert die Stadt Paris zur Ausgabe von Obligationen in Höhe von 465 Millionen Frs., welche Summe innerhalb 40 Jahren zurückbezahlt werden soll. Die Ausgabe kann jenseits erfolgen. Die Berathung über die Kommissionsanträge findet morgen statt. — Der Zustand Dufaure's hat sich verschlimmert. — "France" eröffnet heute eine Subskription zu einem Standbild für Lamartine. — Einer Meldung des "Public" zufolge soll bei Mazzini eine Zusammenkunft sämtlicher republikanischer Chefs stattfinden und in derselben ganz außerordentliche Dinge berathen werden. Diese Nachricht von einem scheinbar beunruhigenden Charakter verliert denselben, da nach einem Turiner Blatte der alte Agitator seine politischen Freunde nur zu sich berufen hat, weil er im Begriff steht, nach London zu reisen und Abschied von ihnen nehmen will. Er hat um so mehr darauf gehalten, daß sie zu ihm kommen, da seine Gesundheit fortwährend eine sehr schlechte ist und er fürchtet, sie nie mehr wiederzusehen.

Dänemark.

Kopenhagen, 1. März. Das Urteil des höchsten Gerichtshofes in dem seitens des Herzogs von Glücksburg gegen den Staat angestrengten Prozeß wurde heute publiziert. In demselben wird der Staat für verpflichtet erklärt, jährlich an den Herzog von Glücksburg 17,000 Thaler und an die vier jüngsten Brüder je 1066 Thaler vom 1. Januar d. ab aus den so genannten Plön'schen Aequivalentgeldern zu zahlen.

Türkei und Donausfürstenthümer.

Konstantinopel, 1. März. (Tel.) Die morgen früh erreichende Wiener "Presse" stellt in Abrede, daß eine auf die Konferenz bezügliche türkische Spezialnote oder Birkulardepeche von hier abgegangen sei. Es sei eine solche auch nicht avisirt worden.

Bukarest, 28. Februar. (Tel.) Der österreichische General-Konsul Zulauf überreichte heute unter den üblichen Ceremonien dem Fürsten seine Kreditive. — Oberst Botrano wurde an Stelle von Golesto zum Kommandanten der Nationalgarde ernannt.

— Es ist der Regierung gelungen, eine von den Personen, welche aus der Verbreitung falscher Nachrichten über Rumänię ein Gewerbe machen, in flagranti zu ergreifen. Ein Pole, Namens Dunin, wurde in dem Augenblick ergriffen, wo er Mittheilungen

befördern wollte, welche die neue Bildung bulgarischer Banden, die Verheilung Mazzinistischer Proklamationen und den Ausbruch gefährlicher Unruhen in Rumänię meldeten. Der Verhaftete hat seine Fälschung eingestanden und ist sofort ausgewiesen worden.

Griechenland.

Athen, 27. Febr. Wie der "Patrie" von hier gemeldet wird, hat der Kriegsminister Souzo die Truppen, welche noch an der türkischen Grenze standen, zurückberufen und einem großen Theil der Mannschaft den Abschied bewilligt. Diese Maßregel bezweckt zugleich mit einer Ersparnis die Verhüttung der öffentlichen Meinung. Türkischerseits ist bekanntlich schon vorher die Meldung nach dem Piräus abgegangen, daß die Häfen des ottomanischen Kaiserreiches wieder den griechischen Schiffen geöffnet sind.

Vom Landtage.

Berlin, 27. Februar. Eröffnung um 11½ Uhr. Am Ministertisch v. Selchow.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist die Berathung des Gesetzes, betreffend die Umwandlung des Erbleie, Landsiedelleie, Erbzins, Erbpachtverhältnisses in Eigentum und die Ablösung der daraus herührenden Leistungen im Regierungsbezirk Wiesbaden und in den zum Regierungsbezirk Kassel gehörigen, vormals großherzoglich hessischen Gebietshälfte.

Die Kommission schlägt an dem vom Abgeordnetenhaus herübergelommenen Entwürfe 3 Änderungen vor. — Referent Wildens empfiehlt den Kommissionsantrag.

Minister v. Selchow kann sich mit der im § 9 ausgesprochenen Änderung nicht einverstanden erklären, da das darin ausgesprochene Prinzip dem durch das Gesetz von 1850 für die preußische Monarchie geltenden Grundsätze, die betreffenden Berechtigungen ohne Entschädigung aufzuheben, widerspricht. Man möge so gründigigen Satze wegen das ganze Gesetz nicht scheinen lassen, da doch keine Aussicht vorhanden sei, bei der Kürze der Zeit noch eine Verständigung mit dem Abgeordnetenhaus herbeizuführen. Er bittet deshalb, "daß hohes Haus möge die Güte haben, diesen Vorschlag fallen zu lassen." — Mit dem zweiten Vorschlag könne er sich eher einverstanden erklären und hofft, denselben auch im Abgeordnetenhaus durchzubringen.

Dr. v. Kröcher spricht für Aufrechterhaltung des Amendements zu § 9. Wenn man in den alten Provinzen früher Rechtsverlegungen begangen habe, sei kein Grund vorhanden, dies auch in den neuen Provinzen zu tun.

Dr. v. Kleist-Reichow fordert dem Vorredner. Das Jahr 1850 trage noch die Rückwirkung von 1848, und er sei in lieber Allianz damals mit dem Herrn Minister gegen die Rechtsverlegung eingetreten, jetzt befindet man in "gefunder Reaktion" gegen die nivellirende und Privatrechte verlegende Strömung; es sei also kein Grund, heute eine solche Bestimmung anzunehmen.

Minister v. Selchow: Die Allianz mit Herrn v. Kleist, in der sie gegen Unrecht gekämpft, sei ihm eine angenehme Erinnerung; er möge aber bedenken, daß damals die erste Kammer selbst diesem Grundsatz zugestimmt hat; seit dieser Zeit habe man 19 Jahre lang nach diesem Grundsatz in den alten Provinzen gehandelt, und es sei kaum gerechtfertigt, abgehen von der Unmöglichkeit, in einer verhältnismäßig kleinen Provinz einen anderen Grundsatz aufzustellen.

Graf Ritterberg ist aus politischen Gründen mit Rücksicht auf die Stimmung in Nassau für Ablehnung des Kommissionsantrags. — Herr Wildens verwahrt die Minorität der Kommission gegen den Vorwurf, als wolle sie Rechtsverlegungen begehen.

Die Generaldebatte wird geschlossen. — In den Spezialdebatten sprechen zu § 9 Herr v. Senfft für den Kommissionsantrag, während ein Regierungscommisar denselben befämpft.

Der Kommissionsantrag wird abgelehnt, § 9 nach der ursprünglichen Vorlage unverändert angenommen. Im Übrigen wird das Gesetz unverändert angenommen.

Es folgt der mündliche Bericht der 8. Kommission über den Gesetzentwurf betreffend die Gemeinheitsheilungs-Ordnung für den Regierungsbezirk Wiesbaden, mit Ausnahme des Kreises Biedenkopf. Derselbe wird mit einer von der Kommission beliebten Änderung angenommen.

Über eine Petition der Kreisstände des Kreises Matibor betreffend die Aufbringung von Kreissteuern wird zur T. D. übergegangen.

Das Gesetz, betreffend die Ausgabe von Talons zu den preußischen Staatschuldbewertungen wird unverändert angenommen.

Es folgt die Schlussberathung des Gesetzes, betreffend die Uebereignung der Dotationsfonds der Hülfskassen in die provinzial- und kommunalstaatlichen Verbände der acht älteren Provinzen. — Die Referenten v. Kochow-Plessow und Graf Königsmarck-Oesnig beantragen:

I) Den § 3 des Gesetzentwurfs des Abgeordnetenhauses: "Nach der im Artikel 105 der Verfassungsurkunde vorgesehenen neuen Organisation der Provinzen und ihrer Vertretungen werden denselben die Bestände der Hilfskassen im Wege der Gesetzgebung überwiesen;" in der nachfolgenden Fassung anzunehmen.

II) Den § 3 des Gesetzentwurfs des Abgeordnetenhauses: "Nach der im Artikel 105 der Verfassungsurkunde vorgesehenen neuen Organisation der Provinzen und ihrer Vertretungen werden denselben die Bestände der Hilfskassen im Wege der Gesetzgebung überwiesen;" in der nachfolgenden Fassung anzunehmen.

III) Den § 3 des Gesetzentwurfs des Abgeordnetenhauses: "Nach der im Artikel 105 der Verfassungsurkunde vorgesehenen neuen Organisation der Provinzen und ihrer Vertretungen werden denselben die Bestände der Hilfskassen im Wege der Gesetzgebung überwiesen;" in der nachfolgenden Fassung anzunehmen.

Weltstadt-Plaudereien.

Bon Dr. August Carl Müller.

V.

Berlin, 26. Februar 1869.

"Anton sieß' den Degen ein", hat die Konferenz in Paris zu Griechenland gesagt und das Säbelgerassel in der Hellenenstadt höre auf, die Untertanen — oder Staatsbürger des Königs Georgios dürfen wieder in die Türkei zurückkehren, statt des Blutes ist nur Dinte geslossen, aber die Klepten denken „aufgehoben“ und machen eine Faust in der Tasche; der Fürst von Montenegro ist aus Peterburg zurück und hat hier durchschnitts übernommen, vermutlich um nichts zu wissen, was die Glocke geschlagen hat, und Handschuhe, wahrscheinlich aber nicht, um die Türken nur mit Glacé anzufassen. Von Isabella und Spanien gilt hier der alte Kuplett-Refrain „spricht kein Mensch mehr darüber“, die Alabamafrage ist antiquiert, die belgische Eisenbahngelegenheit regt uns nicht mehr auf und an den Kriegslärm der Pariser Chauvinisten legen wir uns herlich wenig. Man stummt eben ab, wenn man solche Dinge tagtäglich hört, und ehrlich gestanden, wir haben zu Hause Sachen genug, die uns in Anspruch nehmen. Da ist zunächst das neue Lebensbild „Auf hoher See“, welches wohl bald als Wrack in den Hafen der Vergessenheit getrieben sein wird, wenigstens hat es die erregten Erwartungen nicht befriedigt, obgleich es sehr auf den Effekt hin berechnet ist. Da gibt es sehr ernste, fast tragische Szenen, dämmrige Humor und Komik, eine Mischung, wie sie sich schon in Heydemann und Sohn fand. Personen aus allen Ständen und allen Altersklassen wimmeln da durcheinander in Prosa, Versen, Gesang und Tanz, ganze Häuser fürzten auf der Bühne vor den Augen des Publikums zusammen und charakterisieren unser schwindelreiches Jahrhundert und — die Zustände unserer Bühne. Auf der Hofbühne hat „Katharina Wölfin“, ein Trauerspiel mit Giftnischerei, Wahnsinn und Liebesgeschichten, einen äußerst mäßigen Erfolg erzielt und dürfte bald an völiger Schwäche eines friedlichen Todes verschwinden, während die Oper aus Prinzip oder Mangel mit einer Konsequenz nichts Neues bringt, dessen wir doch nachgerade sehr bedarfist sind; nicht einmal die Meistersänger aus Nürnberg werden uns zu Theil, und wer dramatische Novitäten sehen will, muß sich zur Friedrich-Wilhelmstadt halten, die allein mit Regsamkeit arbeitet. Inzwischen hat eine Dame der höheren Kreise, die unter einem Pseudonym für die Kunst bemüht ist, einem on dit zufolge die Konzession zu einem französisch-englischen Theater — dem zehnten Berlins — erhalten, das sich wohl schwerlich einer blühenden Existenz erfreuen wird. Die Weltstädter sind eben in höchsten Grade blasphem und verwöhnt, und wer sie zur lebhaften Theilnahme reizen will, muß eben das Unmögliche möglich machen, Löwen wie Pudel dreschen, durch die Lust fliegen, auf dem Kopf Wettsläufe veranstalten, auf einem Beine à la Donato Walzer tanzen oder auf dem Klavier mit zwei Händen à quatre mains spielen. Und das ist doch nicht Federmanns Sache. Dabei drängen sich Erfindungen auf Erfindungen, und was die Welt sonst in zwei oder drei Jahrhunderten leistete, das erreicht sie jetzt mit rascher Geschwindigkeit in eben so vielen Jahrzehnten, kurz, wir gehen unsern Vollkommenheit mit einer Eile entgegen, daß ich den Zeitpunkt mit Schrecken komme, wo uns nichts mehr zu ersinnen übrig bleibt; es ist, als ob die Feder in der großen Weltuhr gesprungen sei und die Räder nun mit blitzschneller Geschwindigkeit abdunnen, bis das ganze Getriebe mit einem gewaltigen „Bum“ plötzlich stillsteht und in einem großen international-universalem Chaos zusammenpurgelt. Kann man es da der Menschheit verdenken, wenn sie mit einem Schlag reich zu werden, nur noch zu genießen und den möglichst größten Profit aus dem Augenblick herauszuziehen bemüht ist? Wenn nur die Krise nicht allzufrüh eintritt; ich möchte gern noch die Aufführung des Schillerdenkmals, dessen Grundsteinlegung ich vor zehn Jahren mit bejubelt, erleben, und die Berliner möchten etwas ihnen noch wirklich Neues, das große Aquarium, fertig sehen, welches großartig zu werden verspricht. Da werden wir, wenn uns das Glück wohl will, die Ungeheuer der Tiefe in unserer sandigen Heimat versammelt sehen, vom Wallfisch aus der Nähe des thränigen Grönland bis zu dem nicht unähnlich bekannten Telet und dem Glotzenträger, den der Berliner schon längst dermaßen in sein Herz geschlossen, daß er von einem vergnügten Menschen die Wendung gebraucht „er freut sich wie ein Stint“. „Die flachliche Rose, der Klippenfisch, des Hammers gräßliche Ungeheuer“ — sie werden mit uns in internationale Beziehung treten, und „da unten“, nämlich in der Parterrewohnung des Aquariums wird es nicht mehr „fürchterlich“ sein, sondern brillante Restaurants werden für die Erfrischung der dir stolzen Menschen sorgen, wenn sie sich an den Wundern der Tiefe „satt“ gesessen haben. Wem aber das nicht gefällt, nun, der kann jetzt schon mit der Stangenfischen Reisegesellschaft für wenige Kosten eine größere Landpartie über Wien, Triest, Konstantinopol, durch das schwarze Meer nach Palästina unternehmen, und es muß für die dortigen Landeskinder jedenfalls recht interessant sein, wenn sie in alter Unschuld unter ihren Palmen sitzen, unter denen bekanntlich „Niemand ungefähr wandeln darf“, und plötzlich ein Berliner Volkstheater seine in eine Kladderadatsch-Nummer gewickelte Schläckwurst mit Schritte von Muttern und Hülfskasse hervorziehend beim Anblick des alten Salomo-Tempels entföhnt in die bezeichneten Worte ausdrückt: „Nanu, das ist Allens!“ Ne, Männer, denn kommen Sie man mal nach Berlin, um sehn Se sich die Synagoge in der Oranienburger Straße an; da liegt doch noch Orientalik drin! Auf dem Rückwege geht es über Egypten und in die Gräber der Mumien; aber dem Berliner imponirt das auch nicht, und da bei ihm zu Hause Alles besser ist, so meint er nur: „Um die Mumien zu sehen, hätt' ich doch nicht mit Stangen zu reisen gebraucht, denn in unsern Theatern“ — in vier Wochen hat man drei Welttheile gesehen, deren Raum und Entfernung sind heutzutage nur noch „Chimäre“, während das Gold von Meyerbeer in seinem Robert entschieden unterschlägt ist. Wem nun diese Touren so weit sind, der reist mit Herrn Stangen nach Görlic oder in das Riesengebirge, wo er die Höhner schlittenfahren bei Schneewetter mitmacht — für Berliner sehr interessant, da der Schnee in unseren Straßen selten lange liegt, sondern von Stunden von Straßenkehrern bei Seite geschafft wird, so daß ein Schlitten bei uns zu den Seiten gehörte, denen man bei ihrem Erscheinen — alle fünf bis sechs

präzis abgesah und motiviert werden sollen. Der Erlaß des Unterrichtsministers an die Landeshefe bezüglich der Durchführung der Schulauflösungs-Verordnung wird von den Statthaltern bereits vollzogen. Die erste bezügliche Meldung liegt aus Laibach vor. Der Landespräsident enthebt das fürsterzbischöfliche Konistorium, den Schulen-Oberaufseher und die Schuldistrikts-Aufseher ihrer Funktionen und überträgt dieselben der Landesregierung, den Bezirkshauptmannschaften und in Bezug auf die Landeshauptstadt der Stadtgemeinde. In Innsbruck aber stößt die Durchführung dieser Verordnung auf Schwierigkeiten. Der Bürgermeister von Innsbruck, Rapp, erklärte nämlich in der letzten Magistratsitzung, er könne bei Durchführung der Verordnung nicht mitwirken und sei gesonnen, sein Amt niederzulegen. — Das ministerielle Rundschreiben gegen die ehemaligen Ausschreitungen der Ordinariate wird in originellster Weise heute vom "Vaterland" beantwortet, das in allem Ernst verlangt, daß die Minister des Innern, der Justiz und des Kultus "von ihren Ordinarien moniert, eventuell zitiert und er sommunitiert würden". Das "Vaterland" meint, die Minister würden es so weit nicht kommen lassen, da ihnen offenbar nur die nötige Kenntnis abgehe; wenn aber dennoch, so würde es zur Erleichterung vieler Tausend gut sein! Warum übrigens das "Vaterland" seine Exkomunikationen auf die Minister beschränkt will, ist nicht einzusehen. Immer noch höher — ad majorem Dei gloriam!

Der Wiener Korrespondent der "Magd. Z." schreibt:

Der hiesige preußische Gesandte hat einen eigenhümlichen Prozeß. Baron v. Werther hat ein dem Grafen Esterhazy gehöriges Palais gemietet, und zwar, wie es in dem Kontrakt heißt, bis zu seiner "Abberufung". Im Juni 1866 verließ der Botschafter nun freilich Wien, allein — wie er selber argumentirt — ohne abberufen zu sein, einfach weil Graf Mendendorff ihm seine Pässe zuschickte. Nach dem Prager Frieden bezog er wieder sein altes Hotel, ohne daß es zu irgend welchen Auseinandersetzungen gekommen wäre. Bei der kurzen Dauer des Krieges war von einer Unterbrechung des Mietvertrags gar nicht die Rede, da in der inneren Stadt die Miete für Wohnungen halbjährlich, im Mai und November, entrichtet wird, ebenso wenig wie man dem Grafen Esterhazy vorwerfen kann, durch Annahme des Binfes für eine Zeit, wo hr. v. Werther nicht in Wien war, die Fortdauer obigen Kontrakts stillschweigend anerkannt zu haben. Indes hat nun aber bei der steigenden Wohnungsnöthe der Botschafter das Palais dem preußischen Botschafter gekündigt, da er sein Hotel zu besseren Bedingungen vermieten kann. Baron v. Werther aber hat die Kündigung zum 1. Mai nicht angenommen, sondern auf Einhaltung seines Kontrakts geplagt. In den beiden ersten Instanzen ist er abgewiesen worden; auch das Oberlandesgericht hat angenommen, daß die Aussetzung der Pässe identisch mit der Abberufung sei, als deren potentielle Form sie betrachtet werden müsse, und hat demgegenüber, die Klausel des Kontrakts sei verfallen und die stillschweigende Wiederaufnahme des Mietvertrages nach dem Kriege könne nach unserem allgemeinen bürgerlichen Gesetzbuche keineswegs als eine selbstverständliche Erneuerung des Vertrages betrachtet werden. Baron v. Werther habe seitdem nicht mehr Rechte, als jeder andere Mieter, dessen Beziehungen zum Hausherrn von einem zum andern Sinstermin fortlaufen, bis eine Kündigung dazwischen tritt. Ihr Botschafter hat noch an den obersten Gerichten appelliert; stimmt dieser den beiden ersten Instanzen bei, so kann die preußische Gesandtschaft am 1. Mai ohne ein Ohr dagehen.

Das Programm für die Kaiserreise ist endgültig festgestellt. Der Kaiser wird von Kroatiens aus die Militärgrenze besuchen, dann Dalmatien bereisen und über Pola und Triest zurückkehren. Nach den bisherigen Feststellungen wird weder der Reichskanzler noch ein zialeithanischer Minister den Monarchen begleiten.

Wien, 1. März. (Tel.) Die Gerüchte über Verhandlungen wegen Errichtung eines Südbundes werden von der morgen erscheinenden "Neuen freien Presse" für durchaus grundlos erklärt.

Pest, 27. Februar. Wegen der Weigerung des Pester Komitats-Zentral-Wahl-Ausschusses, das Regierungs-Reskript zu berücksichtigen, ist die Absendung eines königlichen Kommissärs bevorstehend. — In Gran und Szibor fanden Wahlkämpfe statt. Nach Gran wurde ein königlicher Kommissär entsendet. Bei der Wahlkampf in Nagy-Kapos gab es 151 (?) Verwundete. Nach einer Meldung des Ungarischen Lloyd ist Graf Unin zum französischen Bize-Konsul in Pest ausgerissen.

Pest, 1. März. (Tel.) Der angeklagte Ex-Fürst Karagorgewitsch hatte an das städtische Gericht die Bitte gerichtet, man möge ihn während der weiteren Prozeßverhandlung auf

den schwierigen Rolle Uriel Acosta's zeigte sich hr. Neumann durchweg gewachsen, bei aller Ruhe des tiefen Denkers brachte er die leidenschaftliche Erregtheit seines jüdischen Volkes, besonders bei Verlesung des Biderufes zur Geltung. Nach ihm errang hr. Heller als Judith den meisten Erfolg. Judith ist eine würdige Schülerin ihres großen Lehrers; wie dieser den Glauben der Väter anstapft, so widerlegt sie sich dem Gebräuch ihres Volkes, Töchter wie leblose Heirathsgüter zu behandeln. Das mußte freilich bei dem in ihren Gebräuchen konserватiven und zähesten aller Völker ihr den Untergang bringen. Das verhöhnliche Element im Trauerspiel, der Arzt Dr. Silva wurde von Hrn. Rhode in den Absichten des Autors entsprechender Weise, mild und besonnen, wiedergegeben.</p

nehmen: „Nach Erlass der im Artikel 105 der Verfassungskunde vorgesehenen Gesetze über die Vertretung und Verwaltung der Provinzen können die Bestände der Hilfsklassen den neuen provinziellen Verbänden im Bege der Gesetzgebung überwiesen werden.“ II. Im Uebrigen dem Gesetzentwurf in der vom Abgeordnetenhaus beschlossenen Fassung die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen. Hierzu geht vom Frhr. v. Landsberg folgendes Amendement ein: „Im Antrage der Referenten: statt „können“ ic. überwiesen werden“ zu sagen: „bleibt vorbehaltet ic. zu überweisen.“

Hr. v. Kochow empfiehlt den Antrag der Referenten; Hr. v. Klüppow befürwortet aus Rücksichtsgründen, um das Zustandekommen des Gesetzes zu ermöglichen, das Amendement Landsberg, das durchaus im Interesse der ständischen Selbstverwaltung siegt.

(Der Justizminister und der Handelsminister treten in das Haus ein.) Herr v. Kröcher hat noch immer Bedenken gegen den Beschluss des Abgeordnetenhauses, wie gegen den Antrag der Referenten, da der künftigen Gesetzgebung dadurch eine bestimmte Richtlinie gegeben werden solle. Es wird aber doch für diesen Kompromiss stimmen.

Das Gesetz wird mit dem Amendement Landsberg mit großer Majorität angenommen.

Unverändert nach den Beschlüssen des Abgeordnetenhauses werden sodann genehmigt die Gesetze, betreffend die Einführung kürzerer Verjährungsfristen im Gebiete des Appellationsgerichts Frankfurt a. M., sowie das Gesetz, betr. die Auflösung des Oberbahnsteils Eisenbahn-Garantie-Fonds unter Verbrauchnahme der auf demselben bestehenden Garantiepflicht auf die allgemeinen Staatsfonds, dergleichen die Deckung der im Jahre 1869 erforderlichen Ausgaben zur weiteren Ver vollständigung und besseren Ausführung der Staatsbahnen. In der Debatte hervorhebt Herr v. Senn-Pützsch, daß zu viel Geld in Eisenbahntickets angelegt wird; dieser Papierhandel bringt dem Grundbesitz großen Nachteil. Solide Leute mit großer Sicherheit nutzten heute schon 13 Prozent zahlen. Er wünscht keine neuen Anleihen.

Reg.-Komm. Koch rechtfertigt eingehend die Maßregel der Staatsregierung, die vollständig der bisherigen Praxis entspricht und sich bewährt hat.

Der Handelsminister: Es wird hier keine neue Anleihe gemacht; die Papiere sind da und gehören dem Staat. Es handelt sich nur darum, das bereit liegende Kapital mobil zu machen, um neue nützliche Anlagen zu machen.

Der Präsident verliest ein Schreiben des Staatsministeriums, worin das Herrenhaus erucht wird, am 4. März den Sitzungssaal dem Norddeutschen Reichstag zu einer kurzen Sitzung zur Verfügung zu stellen; für den 5. und 6. März wird der Reichstag keine Sitzung halten. Das Haus gewährt diese Bitte.

Um 1 Uhr wird die Sitzung auf 1/2 Stunde vertagt, um über das zu dem Gesetze über die Provinzialbürgestäaten angenommene Amendement Landsberg, das noch nicht gedruckt vorlag, nochmals abzustimmen. (Dasselbe wird später nochmals angenommen.)

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr.

60. Sitzung des Hauses der Abgeordneten.

Berlin, 1. März. Eröffnung 10½ Uhr. Am Ministerstisch v. d. Heydt, v. Selchow mit zahlreichen Kommissarien. Namens der Budgetkommission berichtet Abg. Schröder (Königsberg) über den Gesetzentwurf betreffend die Auseinandersetzung zwischen Staat und Stadt in Frankfurt a. M. nebst den demselben beigefügten Rezess- und Vollzugsprotokolle vom 26. Februar d. J. Die Kommission beantragt, ihm die verfassungsmäßige Zustimmung zu ertheilen und nur in § 5 (Rechtsnachlegung und Entlastung der Staatsverwaltung im Gebiete der Stadt Frankfurt während des Jahres 1867) einzuführen: „vorbehaltlich der bei der Prüfung der Rechnung sich etwa noch ergebenden Erinnerungen.“ Der Rezess sondert genau Staats- und Stadteigentum an Gebäuden, Militär-Ausrüstungs-Gegenständen, Eisenbahnen, von welchen nur die Verbindungs- und Hafen-Eisenbahnen der Stadtgemeinde verbleibt, Chausseen, Telegraphen-, und Post-Strafgelder-Fonds, wohltätigen Anstalten, Schulden u. s. w. Die Lotterie wird in der zweiten Hälfte des Jahres 1872 aufgehoben, das Betriebskapital derselben von 50.000 Gulden verbleibt der Stadt. Die alte Münzpräge und die Archive übernimmt der Staat. Die Abrechnung für 1866 wird so behandelt, als ob Frankfurt durch das ganze Jahr noch souverän seines Stadts gewesen wäre. Für 1867 wird ein besonderer Trennungsmodus vorgeschlagen.

Art. 22 des Rezesses lautet: „Zur vergleichsweisen Erledigung der in dem gegenwärtigen Rezess nicht besonders berücksichtigten weiteren Ansprüche, welche die Stadtgemeinde Frankfurt a. M. aus Anlaß der Sonderung des städtischen und des Staatsvermögens erhoben hat, wird der Stadtgemeinde als Pauschquantum die Summe von zwei Millionen Gulden aus der Staatskasse gezahlt. Die Zahlung erfolgt am 1. Mai d. J. nach Wahl der königl. Staatsregierung baar oder in preußischen Staatspapieren nach dem Tageskurse durch die Kreisfazette zu Frankfurt a. M.“

Referent Schröder (Königsberg): Auf allen anderen Gebieten der durch die Ereignisse des Jahres 1866 mit dem Königreich Preußen vereinigten Landesteile ist die Auseinandersetzung über die Vermögensverhältnisse längst erfolgt, — wie wir mit Genugthuung konstatieren dürfen — ohne jede Schwierigkeit und zur allseitigen Befriedigung. Erst heute, nach Verlauf von 2½ Jahren, soll diese Regelung auch mit der Stadt Frankfurt zum Abschluß gebracht werden. Die Gründe zu unter suchen, welche gerade hier die Wunde so lange offen gehalten haben, hatte die Kommission keine Veranlassung; wenn es mir aber gestattet ist, meine persönliche Ansicht darüber auszusprechen, so ist es die, daß dieselben auf beiden Seiten zu

suchen sind. Dennoch muß ich konstatiren — und diese Überzeugung macht sich auch schon bei der ersten Vorlage in der gesammten Kommission geltend — daß die Regierung es gewesen, welche zuerst die Hand zur Versöhnung geboten. In noch höherem Grade tritt dies in der gegenwärtigen Vorlage zu Tage, und alle Seiten dieses Hauses werden nicht umhin können, dies anzuerkennen. Freilich darf man sich nicht auf den Standpunkt derjenigen Frankfurter Bürger stellen, die, beharrnd bei ihrer Nichtanerkennung der durch das Jahr 1866 geschaffenen Thatsachen, von einem Ausgleich überhaupt nichts wissen wollen. Vor ihrem Eigentum kann selbstredend das Haus in nothwendiger Konsequenz des Annexionsgesetzes nicht halt machen. Ein anderer Theil trat dem Abschluß eines Ausgleichs dadurch hindernd entgegen, daß er denselben für überflüssig erklärte. Man bestreitet, daß das Vermögen der Stadt Frankfurt überhaupt den Charakter eines Staatseigenthums habe, und daß die Stadt eine andere Souveränität als die einer Kommune besessen; hieraus folgerte man, daß das gesamme Eigentum der Stadt als Kommunalvermögen verbleiben müsse. Ganz abgesehen davon, daß eine solche Auffassung schon der hohen Bedeutung widerspricht, welche die Frankfurter selbst ihrer Souveränität beilegten, deren Verlust sie so tief beträumen, so wird der staatliche Charakter des Frankfurter Gemeinwesens auch durch ihr eigenes Verfassungsgesetz vom 12. Septbr. 1853 ausdrücklich festgestellt. Hatte Frankfurt also den Charakter eines Staates, so hat es auch Staatsvermögen gegeben, und es ist unbegreiflich, wie sich ein deutscher Staatsrechtslehrer finden konnte, der bereit war, diesen verbündeten finanziellen Interessen den Mantel des Rechts umzuhängen. Die Regierung selbst ist von der Voraussetzung ausgegangen, daß es einen Staat Frankfurt gegeben hat, und auf dieser Basis beruht das Ihnen vorliegende Gesetz. Wenn aber auch Preußen unzweifelhaft Rechtsansprüche an gewisse Theile des Frankfurter Vermögens hatte, so konnte sich die Kommission doch nicht verhehlen, daß es kaum möglich sei, bezüglich der Auseinandersetzung über die einzelnen Objekte zwangsläufig und klare Rechtsnormen aufzustellen und dieselben ohne Unbilligkeit überall durchzuführen. Unter solchen Verhältnissen erschien eine vertragsmäßige Einigung für alle Theile am zweckmäßigsten und von dieser Überzeugung durchdrungen, hat die Regierung den Rezess mit der Stadt Frankfurt abgeschlossen, der Ihnen zur Genehmigung vorliegt. Redner giebt hierauf eine allgemeine Übersicht über die einzelnen Bestimmungen des Vertrages, aus denen er den Schluss zieht, daß eine auskömmliche Gestaltung des Frankfurter Kommunaleats hinlänglich gewährleistet sei. Die Regierung habe demselben durch möglichst günstige Bedingungen sogar eine gewisse Breite zu geben gesucht, da einerseits in Folge des bisherigen Charakters eine reichere Ausstattung von Institutionen und Einrichtungen in Frankfurt hervorgerufen sei, die ohne Verlegung der Billigkeit nicht geschmälerd werden können, und andererseits ein alter Grundsatz des preußischen Staatsgebiets, sein eigenes Gedanken immer nur in der Blüthe seiner einzelnen Theile zu finden. — Auf die Details eines Stadthaushaltsets, aus dem die Vertreter der Stadt Frankfurt die Notwendigkeit eines künftigen Defizits nachzuweisen versucht hätten, habe die Kommission nicht eingehen können; eine allgemeine Übersicht über die Lage der Stadt aber, die ohne Proletariat, ohne Schulden im Besitz eines bedeutenden Vermögens, zu welchem noch zeitweilig die Einnahmen aus der Lotterie hinzutreten, sich befinden, müsse jeden überzeugen, daß dieselbe sich beguenstigen läßt. Und selbst, wenn für die Aufrechterhaltung aller bisherigen Einrichtungen die vorhandenen Mittel nichtzureichen sollten, so würde Frankfurt immer noch in der Lage sein, durch Erhöhung der Kommunalsteuern den Ausfall zu decken. Man klage zwar bereits, daß die Staatssteuern nirgends so hoch seien als in Frankfurt, aber gerade diese Höhe beweise die größere Steuerfähigkeit dieses Gebietes, da hier gesetzlich keine andern Steuern als im ganzen übrigen Preußen erhoben würden. Daß eine größere Belastung gegen früher eingetreten sei, müsse anerkannt werden, man müsse aber nicht übersehen, daß eine Erhöhung der Lasten jedenfalls auch dann, wenn Frankfurt seine Souveränität behalten hätte, unvermeidlich gewesen wäre: in derselben Weise sei z. B. die Belastung in Bremen und Hamburg in Folge ihres neuen Verhältnisses zum Norddeutschen Bunde gestiegen. — Wenn so auf der einen Seite gewisse Opfer gebracht werden, so könne andererseits nicht geäußert werden, daß durch den Vertrag auch neue reichliche Lasten auf die Schultern des Staates übernommen würden; das Haus werde aber die Anerkennung derselben um so weniger verlangen können, nachdem man den depositierten Fürsten so bedeutende Abfindungssummen bewilligt. Hierzu kommt noch ein politischer Moment. Es sei bekannt, welche wütste Demagogie in Frankfurt ihr Wesen treibe (Rechts: Sehr richtig); durch Annahme des Vertrags werde man die besonnenen und ernsten Bürger gewinnen, die an einer gemeinsamen Fortentwicklung des Staatswesens zu arbeiten geneigt seien. Der Staat habe also ein eminentes Interesse, das im Verhältniß zum Gewinn geringe Opfer zu bringen. Es habe sich in der Kommission also nur noch um die Frage gehandelt, ob nicht auch die dritte Million, die der König aus seiner Chatoule bewilligt, auf die Staatskasse zu übernehmen sei, da der Staat im Stande sei, die Kosten, die ihm aus der Lösung seiner politischen Aufgabe erwachsen, im ganzen Umfange selbst zu tragen. Man habe jedoch von einer derartigen Abänderung Abstand nehmen zu müssen geglaubt, da die Zuwendung des Königs von dem berufenen Vertreter der Stadt mit dem Ausdruck ehrfürchtvollsten Dantes bereits akzeptirt sei, man durch neue Änderungen des Vertrages nicht die ganze Basis derselben von Neuem habe erschüttern wollen. Er bitte deshalb das Haus, auch seinerseits den Rezess unverändert anzunehmen und dem Gesetz zuzustimmen; es werde damit ein wahres Friedens- und Versöhnungswerk vollzogen. (Beifall.) Weder zur General- noch zur Spezialdebatte meldet

ten LeserInnen werden selbst am besten wissen, wie es beim Plaudern, z. B. im Kaffeekränzchen, zugeht.

So will ich Ihnen nebenbei erzählen, wie man billig reich werden kann, ohne in der Lotterie zu spielen. In England hat sich eine Aktiengesellschaft gebildet zu dem Zweck, die im Jahre 1792 im Hafen von Vigo vierzig spanische Goldschiffe, die von den Engländern und Holländern auf dem Grunde zu Grunde gerichtet sind, zu heben. Die Aktie kostet nur 5 Pfund St. das arbeitende Kapital der Gesellschaft soll 100,000 Pf. St. betragen — ich weiß aber nicht, wie viele Millionen da unten in der Tiefe schlummern, noch in welchem Zustande sich die Schiffe befinden. Nur ein Trost scheint mir bei dieser risikanten Geschichte zu sein, daß nämlich die Kapitalsanlage nicht schlechter sein kann, als bei den finnländischen Anleihen, von denen schon wieder eine neue ins Werk gefestigt werden soll. Wo soll all' das Geld herkommen und — wo bleibt es? Diese ausländischen Unternehmungen entziehen uns das Kapital, und die bekannte Hypothekennoth Berlins ist eher im Wachsen als im Abnehmen.

Das der Prachtjessel, welchen die getreuen Hessen ihrem verwirrten Kurfürsten geschenkt haben, gleich beim solemnen Probefest aus dem Leim gegangen — wenn es wahr ist — werden Sie schon gehört haben, und ich enthalte mich deshalb aller weiteren Bemerkungen, die mein Namensgeber im „Kladderadatsch“ schon zur Genüge machen wird. Sie sehen, die Weltgeschichte hat auch ihren Humor.

Zum Schlus nun noch einige Notizen ernsteren Inhalts. Unser Kommunalstuhlwesen nimmt mit der Zeit riesige Dimensionen an. Im Jahre 1825 hatte Berlin bei 260,000 Einwohnern 3500 Armenkinder in 12 Schulen, 1852 schon 10,639 Kinder in 15 Schulen, während 1858 bei 440,000 Einwohnern sich 27,000 Kinder in 15 öffentlichen und 42 Privat-Schulen fanden, von 132 Lehrern und 32 Handarbeits-Lehrerinnen unterrichtet. Die Stadt zahlte damals 79,240 Thlr. Busfch. Zehn Jahre später, 1868, hatte Berlin 710,220 Seelen, zählte 39,567 solcher Kinder, die in 49 öffentlichen und 20 Privatschulen von 522 öffentlichen Lehrern und 147 Handarbeits-Lehrerinnen unterrichtet wurden, was der Stadt die kleine Summe von 360,000 Thlr. kostete. Dazu kommt noch, daß 18 neue Schulhäuser für 765,450 Thlr. erbaut wurden. Das sind bereckte Summen und helfen unserer Defizit erklären; aber ich glaube, in Abetracht des Zweckes kann man sich mit dem Defizit versöhnen.

Weniger ist bei uns für die Kunst geschehen, und deshalb nehmen wir es mit Dank an, daß die hiesige Künstlerschaft uns Gelegenheit giebt, durch eine Ausstellung der hinterlassenen Bilder unseres großen Meisters Hildebrandt, die jetzt veranstaltet wird, an seinen so viel gepriesenen und so oft angefeindeten Werken uns zu erfreuen. Denke man über sie, was man will, sie sind und bleiben die Beweise einer großartigen Begabung, einer getreuen Beobachtung der Natur und ihrer Phänomene, einer enormen Arbeitskraft. In der permanenten Gemälde-Ausstellung von Sachse, die Vielen von Ihnen aus eigener Ansicht bekannt sein wird, erregt ein Gemälde von Viakart aus München gewaltiges Aufsehen, lebhafte Bewunderung und harten Lädel. Das Süß ist „die sieben Todsünden“, ein Bild von genialer Auffassung und mächtiger Farbenwirkung, aber zugleich von einer

sich ein Redner zum Wort. Das ganze Gesetz wird mit der oben mitgeteilten Modifikation des § 5, mit welcher der Finanzminister sich einverstanden erklärt, fast einstimmig angenommen. (Dagegen etwa 10 Stimmen, u. a. Jacoby, Siegler, Eberty, Hartkort, Müller (Baudan), v. Mallinckrodt, Libelt, Dr. Krebs.)

Demnächst berichtet Abg. Stelzer über den Gesetzentwurf betreffend die wirtschaftliche Zusammenlegung der Grundstücke im Bezirk des Justizsenats zu Ehrensteinen, den die Agrarkommission im Besitzlichen genehmigt hat. Der Zweck des Gesetzes ist in einem Landesteil, in welchem die Zersplitterung des Grundbesitzes in überaus kleine Parzellen die rationelle Bewirtschaftung vielfach erschwert, die wirtschaftliche Zusammenlegung zu erleichtern. Sie soll stattfinden, wenn die Eigentümer von mehr als der Hälfte der nach dem Grundsteuer-Kataster berechneten Fläche der dem Umtausche unterliegenden Grundstücke beantragt wird. Es verdiert Erwähnung, daß nach den Verhandlungen des rheinischen Provinziallandtags im Jahre 1841 das Areal der Rheinprovinz von 10,243,790 Morgen in 11,215,527 Kataster-Parzellen zerfallen sei, die durchschnittliche Größe eines Grundstückes also unter einem Morgen betragen habe, und daß im Kreise Wehlau die kleinste Ackerparzelle nur 55, die kleinste Wiesenparzelle nur 20 Quadratfuß enthalte, und die Parzellen sowohl geteilt seien, daß eine solche zumeist nur wenige Furchen enthalte, und daß zwei Nachbarn den Säesamen zusammenpflügen und nur einer säen, damit die Körner, die überstehen, nicht verloren gehen.

Minister v. Selchow empfiehlt in dringender Weise das Gesetz, gegen dessen Modalitäten Reichsberger und Knapp Einwendungen erheben. Ein Amendement der Abg. Boehmer und Trech zu §. 1 beweist, daß das Interesse der bei der Konsolidation Beteiligten durch die Bestimmung zu sichern, daß die zum Antrag auf Zusammenlegung berechtigten Eigentümer nicht nur mehr als die Hälfte der nach dem Grundsteuer-Kataster berechneten Fläche, sondern auch gleichzeitig mehr als die Hälfte des Katastral-Steuertrages repräsentieren müssen. An dieser Kontroverse über die Kriterien der wahren Majorität beteiligten sich Abg. Strutmann und der Referent und wird § 1 mit dem obigen Amendement angenommen, desgleichen das ganze Gesetz in der Fassung der Kommission.

Darauf referiert Abg. Francke über die vom Herrenhause an der Städte-Ordnung für Schleswig-Holstein beschlossenen Änderungen, die zum Theil als Verbesserungen anzusehen seien, während die minder annehmbaren nicht schwer genug ins Gewicht fielen, um durch Ablehnung derselben das für die Herzogthümer unerlässliche Gesetz zu verhindern.

Abg. Zweiter legt den Korrekturen des andern Hauses durchaus eine viel größere und bedenklichere Bedeutung bei: so der Ausschließung der richterlichen Beamten von dem Amt der Stadtverordneten, namentlich aber der Ernennung des Ministers des Innern nicht nur in Bezugungen oder Städten von mehr als 10,000 Einwohnern einer besonderen Staatsbehörde oder einem besonderen Staatsbeamten die Sicherheitspolizei zu übertragen — (das hatte auch das Abgeordnetenhaus zugestanden) —, sondern „aus dringenden Gründen zeitweilig dieselbe Einrichtung auch auf andere Zweige der Ortspolizei auszudehnen und ganz oder teilweise auch in Städten anderer Kategorie einzuführen.“ Im Falle der Theilung der Ortspolizei will das Abgeordnetenhaus durch die Provinzialvertretung die Kompetenz der königl. Polizeiverwaltung normieren lassen, das Herrenhaus durch den Minister (§ 89). Endlich hat das Herrenhaus der Aufsichtsbehörde des Staates außer dem Recht der Beauftragung von Bechtlungen der städtischen Kollegen auch das Recht der Entscheidung über die Ausführung des Beschlusses zugestanden (§ 92). Abg. Zweiter führt die Konsequenzen dieser erhöhten Machtbefugnisse aus, bei denen er die Erfahrungen, welche die preußischen Städte mit den königl. Polizeidirektionen gemacht haben, zu Grunde legt. Abg. Graf Schwerin sieht die Gefahr als nicht so groß an, da die mit dem Ministerium Westfalen entstandene Vorliebe für die Nebennahme der städtischen Polizeiverwaltung durch den Staat längst im Abnehmen ist und die schlechten und zugleich kostspieligen Resultate dieser Richtung gründlich durchgeflossen sind. Im Uebrigen habe die Regierung in der Kommission durchaus beruhigende Erklärungen gegeben, die Reg.-Kom. Ribbeck heut noch einmal wiederholt.

Abg. v. Hooverbeck: Ich will Ihnen nicht eine Rede halten, nach der bekannten Disposition „zwar — aber doch“. Die Er schwerung des Wahlrechts hat uns schon bei der ersten Beratung zur Verwerfung des Gesetzes veranlaßt. Nach den schlimmen Verbesserungen, die dasselbe im Herrenhause erfahren hat, werden meine politischen Freunde und ich bei unserem Votum um so mehr stehen bleiben.

Nach dem Antrage der Kommission werden sämtliche vom Herrenhause beschlossenen Abänderungen genehmigt und hierauf das Gesetz im Ganzen angenommen (dagegen die Fortschrittspartei und die Mehrzahl der Nationalliberalen).

Nächster Gegenstand ist der Bericht der Gemeinkommission über den Gesetzentwurf betreffend die Abänderung §§ 6, 10 und 13 des Gemeindegesetzes des vormaligen Herzogthums Nassau.

Referent Solger befürwortet die unveränderte Annahme des Gesetzes in Fassung des Herrenhauses.

Abg. Winter motiviert sein dissentirendes Votum durch Hinweis auf die Bestimmung, daß die Amtstätigkeit der jetzigen Bürgermeister am 31. Dezember 1869 erloschen solle. — Das Haus tritt dem Antrage des Referenten bei.

Alsdann berichtet Abg. Hoene über den Gesetz-Entwurf betreffend die Schließung des vormaligen Herzogthums Nassau. Er beantragt die Annahme der Vorlage, da die betreffende Kasse nach Aufhebung

Rückhalt, man möchte sagen Dreistigkeit, in der Darstellung gewagter, hart an das frivole freudige Szenen und Situationen, daß ich Anstand nehmen muß, das Nähre darüber zu berichten. Das Bild wird jedenfalls in gelungenen Reproduktionen den Weg auch zu Ihnen finden, und so überlasse ich es Ihrer eigenen Ansichtung und begnüge mich damit, Sie darauf aufmerksam gemacht zu haben.

Damit nehme ich für heute meinen Abschied. —

Kleine Mittheilungen.

Verdi, der schon lange den Vorsatz gefaßt hatte, eine Oper „Romeo und Julia“ zu komponiren, hat sich durch die ingwischen erschienenen Musik von Gounod zu demselben Text nicht abschrecken lassen, sondern arbeitet, wie Freunde des italienischen Maestro melden, mit angestrengtem Eifer daran, seinen Plan dennoch zur Ausführung zu bringen. Seltsam ist, daß Verdi diese Tragödie des Südens für die große Hauptstadt des Nordens, nämlich zunächst für Petersburg, komponirt, wo sie in der Saison von 1869 bis 1870 zuerst mit der Partie in der Titelrolle zur Ausführung kommen soll.

Gounod hat seine Musik zu dem Ballet „Die Walpurgisnacht“ bearbeitet. Man ist sehr gespannt auf diesen musikalischen Hexenabend.

Unter alter Makulatur, die ein Pariser Droguist benutzte, seine Waaren zu verpacken, hat ein Musifreund eine Romanze von Aubert entdeckt, die dieser in seiner Jugend komponirt und welche mit anderen Anfängerstücken des Maestro verschollen gegangen ist. Der greife Tonzeiger soll sehr erfreut gewesen sein, eine solche Erstlingsprobe seines Talentes zu finden.

Das neue Lustspiel von Guzikow „Der westphälische Friede“ soll zuerst auf dem Hoftheater in Dresden, auf dem Hofburgtheater in Wien und dem Nationaltheater in Mannheim zur Dar

der Zwangspflicht der aktiven Unteroffiziere zum Beitritt nicht mehr im Stande sei, aus den laufenden Beiträgen der Mitglieder die Zahlung der Pensionen zu leisten. Das Haus stimmt ihm ohne Debatte bei.

Sodann referirt Abg. Solger über die Petition des Magistrats von Berlin betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten und empfiehlt den Antrag der Kommission: In Erwägung, daß zwar die in Berlin eingeführte Mietsteuer nicht zu denjenigen Kommunal-Abgaben gerechnet werden kann, welche in Form einer allgemeinen Einkommensteuer erhoben werden" und mithin die Vorchriften der §§ 1 und 2 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 betreffend die Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten auf diese Steuer keine Anwendung finden können; — dagegen aber der Antrag: daß das Abgeordnetenhaus sich für die Annahme dieser Ansicht bei der königlichen Staats-Regierung verwenden solle, in Erwagung einer tatsächlichen Veraulistung zu einer solchen Erklärung nicht stathalt erscheint, — über die Petition zur Tagesordnung überzugehen.

Dagegen beantragt Abg. Hagen den Antrag der Kommission dahin abzuändern, daß in dem ersten Satz das Wort "zwar" gestrichen wird und anstatt des zweiten Sätze gesagt wird: die u. s. w. Petition der Regierung zur Berücksichtigung zu überweisen.

Abg. v. Hennig: Es handelt sich nicht um die Frage, ob die Beamten höher zu versteuern seien, sondern um die Forderung an den Staat, seine Beamten so zu beladen, daß sie im Stande sind, die Kommunallasten ebenso wie alle übrigen Bürger zu tragen. Die Anwendung des Gesetzes vom 11. Juli 1822 auf die Mietsteuer stamme erst aus dem Jahre 1858, bis dahin habe am eine solche Möglichkeit Niemand gedacht. Die großen Ungerechtigkeiten, die mit der Durchführung dieser Maßregel verbunden seien bereits bei einer anderen Gelegenheit zur Sprache gekommen. Ein Beamter zahle z. B. die volle Mietsteuer, so lange er nur diätarisch beschäftigt werde, von dem Augenblick der festen Anstellung an, werde ihm ein Theil derselben erlassen; ein Beamter werde ferner um so mehr erleichtert, je höher sein Gehalt steige. Die Schuld solcher und ähnlicher Missetände habe damals der Vertreter der Regierung auf das mangelhafte Regulativ gehoben, dabei aber übersehen, daß die Regierung selbst der Kommission dieses Regulativ aufgezwungen habe. Der Bericht der Regierung von Potsdam, so wie der Minister selbst, der denselben gutgeheissen, erkanten an, daß die Mietsteuer den Charakter einer Einkommensteuer nicht habe, trotzdem versuche man, auf dem Wege der Ministerialverfügung diese nur durch ein Gesetz zu regelnde Art der Besteuerung einzuführen. Unter solchen Umständen erscheine es geboten, einen Beschluß zu zu fassen, der eine Bestimmung der in der Petition geringen Nebelstände in Angriff nehme; er empfehle daher die Annahme des Antrages Hagen.

Reg.-Komm. Ribbeck hält die Mietsteuer für einen sehr unzulässigen Maßstab des Einkommens, und das in Berlin von den "erleuchteten" Organen der Stadt ausgearbeitete Regulativ für ihre Erhebung in Berlin vom Jahre 1858 für das schlechteste von allen, die in preußischen Städten in Geltung sind. Die Staatsbehörde hat sich damit gar nicht befasst, außer insofern sie prinzipiell dazu berechtigt war. Der Magistrat hat den Instanzenzug noch nicht erschöpft. Es liegt nur ein Resscript des Ministeriums des Innern an die Regierung zu Potsdam vor, nicht eine Entscheidung der höchsten Behörde, die in diesem Falle der Minister des Innern und der Finanzen ist. Sie behält sich diese Entscheidung vor, wenn über die direkte Kommunal-Einkommensteuer entschieden ist. Aber in vier Tagen läßt sich die Frage nicht "durch das Haus jagen." (Murren links.) Die Angelegenheit selbst ist seit 20 Jahren ventilirt und die verschiedensten Ministerien des Innern haben die Staatsbeamten in Bezug auf die Mietsteuer gleichmäßig behandelt. Als Einkommensteuer hat die Staatsregierung die Mietsteuer nie betrachtet, auch nicht als Gewerbe oder als eine Steuer vom Gewerbebetrieb, wie bei der Entscheidung des Prozesses zwischen Kommission und den Eisenbahngesellschaften festgestellt wurde. Später hat sie bewiesen, daß sie auf Grund dieser Anschauung der Kommission gegen die Eisenbahngesellschaften bestehen konnte. Wenn die Stadt nun an der Mietsteuer als eine Quasi-Einkommensteuer festhält, die Geistlichen und Lehrer ausnimmt und den Bürbeamten des Staats das mäßige Benefizium nehmen will, das sie bisher genossen haben, wie kann das Ministerium des Innern anders handeln, als es gehandelt hat? Der Vorwurf der Petition, daß der Minister hier als Gesetzgeber, nicht als Ausleger des Gesetzes verfahren, ist ein grundloser. Wenn die direkte Kommunal-Einkommensteuer eingeführt werden soll, dann wird der Moment sein zu entscheiden, ob neben dieser gerechten, mäßig vertheilten, das Einkommen wirklich treffenden Steuer die Mietsteuer überhaupt noch fortbestehen kann. Von ihr als einer Verbrauchssteuer von Immobilien weiß weder die Wissenschaft noch die Steuergesetzgebung etwas.

Abg. Dr. Glaser für den Kommissionsantrag: Es liege nicht im Interesse der Berliner Kommission, die Mietsteuer überhaupt zur Sprache zu bringen denn keine Besteuerung sei so ungerecht wie diese echt russische oder tschechische. Diese rohste Form der Erhebung möge der Magistrat abschaffen, wenn er selbst unter den damit verbundenen Nebelständen leide; dies steht ihm ja frei und es sei deshalb unbegreiflich, wie er sich über ein gezwungenes Regulativ beklagen könne. Das Gesetz von 1822 lasse sich sehr wohl auf die Mietsteuer anwenden, wenn man das Wort "allgemeine Einkommensteuer" nur nicht preise, man könne es sogar dahin interpretieren, daß die Beamten von der Mietsteuer ganz befreit sind. Will das Haus die Petition der Regierung zur Erwägung oder Berücksichtigung überweisen, so mag es das immerhin thun!

Abg. Hagen (Berlin): Es handle sich nicht um Zweckmäßigkeit oder Unzweckmäßigkeit der Mietsteuer, sondern darum, ob dem Magistrat sein Recht werden solle, das er bisher überall vergeblich gefucht habe. Der hr. Kommissar habe mit einem gewissen Erfase auf die Verfahrensweise des Steuermodus hingewiesen, aber gerade die als die verschrobensten bezeichneten Bestimmungen seien von der Regierung zwangsläufig durchgeführt. Auf alle Gegenstellungen und Versuche, eine Aenderung herbeizuführen, habe der Magistrat ablehnende Beifüsse erhalten. Unbegreiflich erscheine es wie die Regierung zu Potsdam trotz der ausdrücklichen Anerkennung, daß die Mietsteuer keine Einkommensteuer sei, dennoch das Gesetz von 1822 auf dieselbe anwenden könne. Dieser Widerspruch bleibe ungelöst fort.

Abg. Graf Schwerin bedauert die Erklärung des Kommissars, daß es für die Regierung ganz dasselbe sei, ob das Haus Tagesordnung oder Überweisung zur Erwägung resp. Berücksichtigung beschließe; eine solche Neuherfung sollte man vom Ministerrtheile nicht hören. Zur Sache selbst befürwortet Redner den Kommissionsantrag. Eine Beweisung bei der Regierung, wie die Petition sie verlangt, sei nicht Sache des Hauses; dagegen sei eine Überweisung zur Berücksichtigung berechtigt bei einer Beschwerde, über welche der Instanzenzug erschöpft ist — und dies sei hier nicht der Fall — oder bei Nebelständen, die eine Aenderung von Gesetzen wünschenswert machen. Auch hiervom sei nicht die Rede.

Abg. Twestedt bestreitet die Behauptung, daß der Instanzenzug nicht gewahrt sei. Von einem solchen könne hier gar nicht die Rede sein. Es handele sich um eine Beschwerde über die Interpretation eines Gesetzes, bezüglich deren der Magistrat seit 10 Jahren mit der Regierung in Streit liege. Der Magistrat handele deshalb vollkommen korrekt, wenn er sich an das Haus wende, nachdem er sich überzeugt, daß er trotz der zehnjährigen Verhandlungen mit der Regierung nicht von der Stelle komme. Mit den Worten, die Petition werde jetzt durch das Haus "gesagt", habe der Regierungskommissar höchstens sich nicht eine Kritik erlauben wollen über die Art der Behandlung der Angelegenheit, eine solche Kritik würde wenigstens gänzlich außer seiner Sphäre liegen. Die Regierung erkenne an, daß die Mietsteuer keine Einkommensteuer sei, trotzdem wende sie das Gesetz von 1822 auf dieselbe an und zwar aus praktischen Rücksichten. Es sei dies wieder ein Beweis, wie traurig es um das öffentliche Recht in Preußen stehe; Aufgabe des Hauses sei es, einem solchen Verfahren entgegenzutreten, er empfehle deshalb die Annahme des Hagenschen Antrages.

Nach einer persönlichen Bemerkung des Abg. v. Hennig wird der erste Satz des Kommissionsantrags genehmigt, die Abstimmung über den zweiten bleibt zweifelhaft, es muß also gezählt werden.

Präsident v. Hordenbeck: Für den Antrag haben gestimmt 102, da gegen 111, "das Haus ist also nicht beschlußfähig", es kann also auch kein Beschluß gefaßt werden und es bleibt mir nur übrig, die Tagesordnung für die nächste Sitzung festzusetzen, gegen welche, da sie von einem beschlußfähigen Hause beschlossen ist, vor dem Eintritt in dieselbe Verwahrung eingelegt werden müsse.

Schlüß 4 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr.

19. Sitzung des Herrenhauses.
Berlin, 1. März. Eröffnung um 11½ Uhr. — Am Ministerrtheile: Dr. Leonhardt.

Erster Gegenstand der Tagesordnung ist der mündliche Bericht der Justizkommission über den Gesetzentwurf, betr. die juristischen Prüfungen und die Vorbereitung zum höheren Justizdienst. Die Kommission beantragt: den Gesetzentwurf in unveränderter Fassung mit Ausnahme des § 6 und § 12 anzunehmen, für welche die nachstehende Fassung vorgeschlagen wird. „§ 6. Referendarien müssen, bevor sie zur zweiten — der großen Staatsprüfung — zugelassen werden können, eine Vorbereitungszeit von vier Jahren im praktischen Dienste zurückgelegt haben. § 12. Die Bestimmungen dieses Gesetzes treten am 1. Januar 1870 in Kraft. Denjenigen Juristen, welche an jenem Tage auf Grund bestandener Prüfung bereits zum praktischen Justizdienste zugelassen sind, soll die zurückgelegte Zeit der Beschäftigung in demselben auf die vorgeschriebene vierjährige Vorbereitungszeit — § 6 — angerechnet werden. Es bleibt der Bestimmung des Regulativs — § 14 — überlassen, die übrige Vorbereitungszeit im Sinne der Bestimmung des § 8 zu regeln.“ Die Fassung des Abgeordnetenhauses unterscheidet sich dadurch, daß dort nur eine dreijährige praktische Vorbereitungszeit vorgeschrieben ist.

Der Referent Herr Blömer befürwortet eingehend die Kommissions-Vorschläge.

An der Generaldebatte beteiligen sich Graf Ritterberg, v. Schleiermann, Graf zur Lippe (gegen die vom Abgeordnetenhaus beschlossene Einschränkung der Dispensationsbefugnis des Justizministers), Dr. Dernburg (fürchtet nicht die Konkurrenz der auswärtigen Universitäten und hält die Worte des Abg. Lasker gegen die deutschen Professoren nicht gerechtfertigt); hr. Lasker habe ein Splittergericht, aber kein Todtengericht gehalten.

Der Reg.-Komm. Dr. Friedberg erklärt, daß die Staatsregierung auf das Zustandekommen des Gesetzes so großen Werth lege, daß sie von den Bedenken, welche ein Theil der Beschlüsse des Abgeordnetenhauses bei ihr hervorgerufen, absehen zu müssen glaube. Mit der dreijährigen praktischen Vorbereitungszeit indeß könne sie sich nicht einverstanden erklären; und lieber das ganze Gesetz aufzugeben, als einen Zustand befördern, der für die ganze Rechtspflege die bedenklichsten Folgen haben würde. Die Statistik zeige, daß in den letzten Jahren auch Niemand das Examen gemacht habe, die Mehrzahl hätte 5 Jahre gebraucht. Er ist deshalb mit dem Amendment nicht einverstanden. Wenn das Gesetz zu Stande kommt, glaubt er, daß es Niemand versagt werden könne, der es wolle, neben der Beschäftigung im Justizfach auch eine kurze Zeit im Verwaltungsfach zu arbeiten. In den übrigen Punkten wolle die Regierung im Interesse des Zustandekommens des Gesetzes nachgeben und bittet das Haus dasselbe zu thun.

Herr v. Bernuth legt aus eigener Erfahrung Zeugnis ab für die Notwendigkeit einer vierjährigen Vorbereitungszeit, und empfiehlt ihm Uebrigen die Annahme des Gesetzes.

Der Justizminister findet an dem Gesetze, wie es aus dem Abgeordnetenhaus herübergelommen ist, eine einzige Verbesserung, nämlich den Wegfall der Bestimmung, daß den Doktoren das erste Examen erlassen werden soll. Die übrigen Änderungen gefallen ihm sehr wenig. Die Regierung finde aber in den Verhältnissen überwiegende Gründe, die es ratschlich erscheinen lassen, das Gesetz anzunehmen. Der Punkt mache allerdings das Gesetz unannehmbar, die Beschränkung der vierjährigen praktischen Vorbereitungszeit auf drei Jahre. Ob das Gesetz nach Belehrung dieser Aenderung ins Leben treten werde, bleibe der Entscheidung des Staatsministeriums noch vorbehalten; die Beschäftigung bei Verwaltungsbehörden liege allerdings dringend im Interesse des Justizdienstes, indeß könne er diese Aenderung nicht als eine solche bezeichnen, welche das Gesetz absolut unannehmbar machen. — Nach Lage der Sache bittet er schließlich, das Gesetz mit dem Amendment der Kommission anzunehmen.

Auf eine Anfrage des Referenten präzisiert der Regierungskommissar Dr. Friedberg die Ansichten der Regierung über die Möglichkeit der Beschäftigung der Referendarien bei der Verwaltung, wenn das vorliegende Gesetz zu Stande komme, dahin: „Eine Verpflichtung der Referendarien, bei der Verwaltung zu arbeiten, existire im Gesetz ebenso wenig wie ein Verbot. Ein gesetzlicher Anspruch der Referendarien, eine solche Beschäftigung zu verlangen, sei ebenso wenig vorhanden; die Regierung halte sich aber bezügt den Wunsch der Betreffenden, eine Zeit bei der Verwaltung arbeiten zu dürfen, zu erfüllen, zumal sie es im Interesse des Justizdienstes für zweckmäßig halte; wer also diese Beschäftigung in der Verwaltung, und solche Leute gäbe es ja, für den Juristen überhaupt schädlich halte, müsse gegen das Gesetz stimmen.“

Das Gesetz wird mit den von der Kommission vorgeschlagenen Aenderungen nach kurzer Spezialdebatte mit großer Mehrheit angenommen.

Das Gesetz betr. die Abänderung der Verordnung über das Judentum wird nach den Vorschlägen des Abgeordnetenhauses angenommen.

Die Petition des Kaufmann Kette und Genossen in Berlin auf „Besteuerung der Mahlsteine für Stärke-Fabrikate bei ihrem Eingange in mahlsteuerpflichtige Städte“ wird nach dem Antrage der Finanzkommission (Dr. v. Waldau-Steinhöfel) der Staatsregierung zur Erwägung überwiesen.

Unverändert nach der Fassung des Abgeordnetenhauses wird sodann genehmigt, das Gesetz betr. das Zivilprozeßverfahren in den Geltungsgebiete der Verordnung vom 24. Juni 1867. (Die Minister Graf Ippen und v. Selchow sind eingetreten) — Namens der Budget-Kommission referiert sodann Herr v. Rabe über das im Abgeordnetenhaus angenommene Gesetz, betr. die Ordnung der Rechtsverhältnisse der mittelbar gewordenen deutschen Reichsfürsten und Grafen, und beantragt die Annahme desselben in unveränderter Fassung.

Graf zur Lippe kann diesem Antrage nicht zustimmen; er hält das Gesetz vielmehr für unannehmbar. Die betreffende k. Verordnung sei eine Ausführungsverordnung, welche der König auf Grund der ihm verliehenen Gewalt erlassen habe. Sie dürfe also nicht aufgehoben werden durch ein Gesetz, das aus der Initiative des Landtages hervorgegangen sei. Die Staatsregierung sei beim Abschluß der Verträge vollständig im Recht gewesen. Verweigere das Abgeordnetenhaus das Geld, so möge man die Beihilfen den Rechtsweg beschreiten lassen.

Reg.-Komm. Wollny erklärt, daß die Staatsregierung auf das Zustandekommen des Gesetzes einen sehr hohen Werth lege, durch das ein langjähriger Konflikt auf durchaus befriedigende Weise gelöst werde. Er widerlegt sodann die vorgebrachten Einwendungen.

Herr v. Senfft-Pillach: Es steht gesetzlich fest, daß Se. Majestät durch Verordnung die Sache regulire, wenn die Sache künftig, wie § 2 es wolle, im Wege der Gesetzgebung regulirt werden solle, so sei die Folge nichts weiter, als daß lange Reden gehalten würden von Leuten, die nichts davon verstehen. Er werde gegen das ganze Gesetz stimmen.

Das Gesetz wird trotzdem angenommen.

Es folgt die Berathung des Gesetzes' betreffend die Ausdehnung der Verordnung vom 28. September 1867 betreffend die Ablösungen von Reallasten, welche den Domänenfiskus im vormaligen Königreich Hannover zustehen.

Nachdem hr. v. Kleist-Reckow ein Amendment gestellt, wodurch die Berechtigten günstiger gestellt werden, bemüht sich Referent Wildens, obwohl zur Minorität der Kommission gehörig, welche das Gesetz unverändert annehmen will, den Antrag der Majorität zu begründen.

Graf Borries spricht in längerer Ausführung gegen die Regierungsvorlage, durch welche das Privateigentum beeinträchtigt werde. Die Stimme der Abgeordneten ist sehr abweichend. Er bittet in erster Linie um Ablehnung des ganzen Gesetzes, event. aber um Annahme des Amendments Kleist, daß die äußerste Grenze bilden.

Graf zu Münster tritt dem Vorredner in fast allen Punkten seiner Ausführung entgegen, und plädiert für die Regierungsvorlage schon deshalb, weil der hannoversche Provinzial-Landtag sich durchaus damit einverstanden erklärt habe.

Graf Borries (persönlich): Der Herr Graf Münster hat mehrfach sein Bedauern über Neuerungen von mir ausgesprochen. Er scheint seine Rolle hier im Hause mit der eines Landtagsmarwalls im Provinzial-Landtag zu verwechseln. Doch hat er wohl das Recht, einen Redner zu rechtfestigen; hier aber gestehe ich ihm dies Recht nicht zu.

Präsident Graf Stolberg sucht den Vorredner zu beruhigen, Graf zu Münster habe kein Vorrecht in Anspruch genommen.

Graf zu Münster (persönlich): Ich habe nur meine Ansicht über das Verhalten des Grafen Borries ausgesprochen; daß meine Ansichten mit denen des Grafen Borries nicht übereinstimmen, ist ein Unglück, das mir schon seit 20 Jahren passirt, indem ich schon so lange die Ehre habe, dem Grafen Borries zu opponiren.

Herr Rasch (Hannover) befürwortet warm die Regierungsvorlage, indem er die Verhältnisse in Hannover und die Verhandlungen auf dem Pro-

vinziallandtag erörtert. Die Stimmung der Bauern von Hannover sei für Preußen von größerer Bedeutung als die der großen Grundbesitzer.

Der Minister v. Selchow bittet dringend um Ablehnung des Kommissionsantrages und Annahme der Regierungsvorlage. Die Resultate des Ablösungsgeges von 1850 wären allgemein befriedigend, und sei zu wünschen, daß auch für Hannover angenommen werde, was im ganzen preußischen Staate Rechtes sei. — Graf zur Lippe bittet, die Regierungsvorlage pure anzunehmen.

Der Schluß der Generaldebatte wird nunmehr angenommen. Nach kurzer Spezialdiskussion wird das Amendment Kleist abgelehnt, das Gesetz in allen seinen Paragraphen nach der Regierungsvorlage angenommen. — Das Gesetz betreffend die Auseinandersetzung mit Frankfurt geht an die Budget-Kommission.

Schlüß 5 Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 12 Uhr.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 2. März. Se. Erz. der kommandirende General Herr v. Steinmetz begibt sich am 3. März nach Berlin, um seinen Sitz im Reichstage einzunehmen. Die Geschäfte des General-Kommandos werden indessen vom Generalleutnant Herrn v. Kirchbach und während dessen Beurlaubung vom 6. bis 16. März vom Chef des Generalstabes Herrn Oberstleutnant v. d. Esch geführt werden.

— Die Kontrol-Beratungen für die im „Reserve-Verhältnisse“ befindlichen Mannschaften werden von jetzt ab nur öffentlich bekannt gemacht, so daß schriftliche Ordres zum Erscheinen auf diesen militärischen Versammlungen (Appels) nicht mehr den einzelnen Beteiligten zugeben. Ungehorsames Richterscheinchen wird also bei denen angenommen, die ohne glaubhaft nachgewiesene Entschuldigung ausbleiben, und mit Militär-Arrest bestrafft; ja, wer zur festgefeierten Stunde nicht zur Stelle ist, erhält schon Arrest. Entschuldigungsgründe müssen vor dem Appel eingereicht, amtlich beglaubigt und ausgefertigt sein, widrigfalls sie unberücksichtigt gelassen und die vorerwähnte Arreststrafe eintreten wird. Mannschaften, welche im Besitz von Orden, Ehrenzeichen und Denkmünzen sind, haben diese zum Appel anzulegen.

— **Balanc** geworden und durch Wahl der Gemeinde wieder zu besetzen ist die Oberpredigerstelle bei der evang. Kirche zum Krippelein Christi in Fraustadt mit einem Einkommen von circa 850 Thlr. nebst freier Wohnung und der Inspektion über vier Schulen. Bewerber um diese Stelle haben ihre an den Gemeinde-Kirchenrat in Fraustadt zu richtenden Anträge dem Hrn. Superintendenten Grabig in Lippstadt innerhalb 4 Wochen einzulegen.

— **Simultanschulen**. Wie wir bereits mittheilen, hat der Herr Erzbischof einen Protest gegen die Errichtung von Simultanschulen im Sinne des Reorganisationsplans für die Elementarschulen in unserer Stadt an das Kultusministerium gerichtet. Nach Demenstein, was der Herr Kultusminister in der Sitzung des Abgeordnetenhauses am 27. Februar geprächen hat, dürfte dieser Protest fruchtlos sein. Denn Herr v. Mühlner hat sich ausdrücklich für die Zulässigkeit der Simultanschule entschieden, und ferner gesagt: „man brauche nicht zu fürchten, daß der simulierte Charakter der Schule Reibungen hervorruft.“ Wir wollen dennoch im Interesse des Fortschritts und der Humanität hoffen, daß das Prinzip der Simultanschule auch in unserem städtischen Elementarschulwesen bald zur Geltung gelange.

— **Klöster**. Bekanntlich gab es bisher in unserer Stadt drei Nonnenorden, die Ursulinerinnen, die dames au sacré coeur de Dieu und die Barmherzigen Schwestern. Von diesen haben die letzteren sich um die Krankenpflege unzweifelhaft außerordentlich verdient gemacht, während die Verdienste der beiden anderen Orden um eine segensreiche Erziehung der polnischen weiblichen Jugend nicht so unbestritten dastehen sollen. Zu diesen Orden kam vor etwa zwei Jahren von Belgien her noch ein vierter Orden hinzu, der Orden der Barfüßer-Karmeliterinnen. Wir haben schon in früheren Zeiten einen Orden dieser Art in unserer Stadt gehabt; denn

stattfinden, werden zunächst klassische Werke, namentlich dramatische Stücke der berühmtesten deutschen Dichter, mit vertheilten Rollen, gelesen, Gedichte deklamirt oder mit Erläuterungen vorgelesen, die im Fragefassen vorgefundene Fragen beantwortet, und Debatten über und an das Gelehrte und Vorgetragene geknüpft. Zu Verhältniß zur hiesigen Einwohnerzahl ist die Beteiligung an diesem Vereine eine große zu nennen. Die „Konkordia“ zählt nahe an 40 Mitglieder und ist die Zahl derselben noch immer im steten Zunehmen begriffen. — Statutenmäßig soll alljährlich ein Vereinsfest gefeiert werden; ein solches hat am letzten Sonnabend Abend in dem Jacobshofischen Lokale stattgefunden, und erfreute sich einer recht zahlreichen Theilnahme seitens der Mitglieder sowohl, wie der eingeladenen Gäste. Theatralische Aufführungen wechselten mit Declamationen und Vorträgen; den Schlüß des Festes machte ein Ball, der die Mitglieder der Gesellschaft bis zur frühen Morgenstunde in ungehörter Heiterkeit zusammenhielt. Es wird auf allgemein ausgesprochenen Wunsch beabsichtigt, die mit vieler Beifall aufgenommene Aufführung der Kalischer Poëse „Herr Karoline“ nächstens zu wiederholen, und zwar gegen Entree, welches zu einem wohltäglichen Zwecke zur Verwendung gelangen soll.

S Rawicz., 28. Februar. Der letzte dieses Monats hat einen unserer ersten Männer hierher noch zum Opfer sich ausgerufen. Es erlag heute Mittag nämlich nach kurzem Krankenlager denselben der königliche Kreisphysicus und Sanitätsrat, Ritter des rothen Adlerordens 4 Kl., Herr Dr. Marsch. Er war bis wenige Wochen vor seinem Ableben nie krank gewesen, lebte stets mäsig und konnte ungefähr den Pflichten seines Berufes obliegen. Vor Kurzem nahm jedoch seine Sehkraft merklich ab und er ging nach ärztlichem Dafürhalten seiner Erblindung entgegen. Ein inzwischen eingetretener gastrisch-neuröser Krankheitsfall mache jedoch seinem Leben schneller ein Ende, als es nach menschlichem Ermessnen voraussehen war. Da der Verstorbene auch Strafanstaltsarzt war und der mit an ihr fungirende Bunderarzt 1. Klasse in letzter Zeit hinfällig geworden ist, so ist höhere Anordnung zu Folge dem Vorschlage der Direktion gemäß unser Oberstabsarzt Herr Dr. Neithart mit der Funktion eines Strafanstaltsarztes interimistisch betraut worden.

† Bronisz., 28. Febr. Der hiesige Vorwuchsverein erfreut sich eines kräftigen Emporschwunges. Am 7. Januar 1862 von nur 47 Personen gegründet, hatte derselbe nach sechsjährigem Bestehen bereits eine solche Ausdehnung gewonnen, daß er im Dezember 1867 sich dem preußischen Genossenschaftsgesetz unterstellt. In Folge dessen hat unter dem 27. Januar 1868 seine Eintragung in das Genossenschaftsregister des Königl. Kreisgerichts zu Samter stattgefunden, wobei derselbe die Firma: „Vorwuchsverein zu Brzezie. Eingetragene Genossenschaft“ — angenommen. Ende Dezember v. J. zählte er 188 Mitglieder, vorzugsweise in der hiesigen Stadt und ihrer Umgebung wohnhaft, wovon 81 Gewerbe, 31 Handelsbetriebe, 38 Beamte und Ärzte, 28 Landwirthe und 10 Arbeiter sind. Während der Verein im Gründungsjahre (1862) auf 118 Anträge im Ganzen 1301 Thlr. an Vorwüchsen gewährte, war derselbe im verflossenen Geschäftsjahre bereits in der Lage, auf 1028 Webschulverlagen beinahe 49,000 Thlr. an Vorwüchsen und zwar in der Regel auf 3 Monate zu bewilligen. Verluste sind im verflossenen Geschäftsjahre eben so wenig, wie in den früheren Jahren seit dem Bestehen des Vereins vorgekommen. Vorwuchspfänger haben an Zinsen 8 p.c. zu entrichten gehabt. Das Maximum der einem Mitgliede zu gewährenden Vorwüchse ist auf 400 Thlr. im vergangenen Jahre festgesetzt gewesen.

Der Kassenbilanz pro 1868 ergiebt in Einnahme, einschließlich ca. 38,000 Thlr. erstatteter Vorwüchse, überhaupt 59,136 Thlr., in Ausgabe, einschließlich 48,960 Thlr. gewährte Vorwüchse überhaupt 58,088 Thlr.; also ein bäriger Kassenbestand von 1,048 Thlr.; der Betrag der ausstehenden Forderungen betrug am 1. Jan. 1869 10,990 Thlr., der der aufgenommenen Darlehen 5588 Thlr. Die Verwaltung des Jahres 1868 hat einen Reingewinn von 303 Thlr. abgeworfen, wovon die dividendeberechtigten Mitglieder 7½ p.c. Dividende im Betrage von 267 Thlr. erhalten, der Rest von 36 Thlr. wurde dem Reservefond zugeschrieben.

Vereine und Vorträge.

○ In der Versammlung der polytechnischen Gesellschaft am Sonnabend wurde zunächst ein physikalischer Apparat vorgeführt, welcher in der hiesigen Gäbler'schen optischen und mechanischen Werkstätte angefertigt worden ist. Dieser „Paskalsche“ Apparat dient dazu, ein bekanntes Hauptgeley der Hydrostatik experimentell zu erläutern. Befindet sich nämlich in einem Gefäß Flüssigkeit von einer bestimmten Höhe, so übt diese Flüssigkeit einen Druck auf die Grundfläche aus, welcher gleich ist dem Gewichte einer Flüssigkeitssäule von derselben Höhe und einem Querschnitte, welcher gleich ist der Grundfläche. Mit Hilfe des Apparates wurde dies Geley erläutert. Auf einem Ring, welcher unten matt abgeschliffen war, wurde zuerst ein Glassylinder aufgeschraubt, der Ring unten durch eine mattgeschliffene Messingplatte geschlossen, und diese durch einen Faden mit der einen Seite des Balkens einer Waage in Verbindung gesetzt, während auf die Schale der anderen Seite des Balkens Gewichte gelegt wurden. Der Zylinder wurde nun mit Wasser gefüllt, und mittels der Gewichte auf der anderen Seite Gleichgewicht hergestellt. Nicht mehr Gewichte waren erforderlich, wenn ein nach oben sich bedeutend erweiterndes Gefäß von derselben Höhe aufgeschraubt und mit Wasser gefüllt wurde; denselben Druck aber äußerte auch eine Wassermasse in einer Röhre von derselben Höhe, welche oben bedeutend enger war. In allen drei Fällen stromte zwischen Ring und Metallplatte Wasser aus, sobald die Gewichte von der Waagschale allmählig heruntergenommen wurden. Es wurde ferner Mittheilung gemacht über ein von G. Libau in Magdeburg-Seidenburg neu erfundenes Mischgas. 1000 Kubikfuß derselben, welche 1/4 Bentner Steinlohlen und 1/3 Bentner Paffraffinöl erfordern, kosten nicht mehr als 21 Sgr. Dieses Gas gibt anähnend dieselbe Helligkeit, wie reines Petroleumgas und eignet sich ganz besonders zur Erzielung kleiner Flammen in Krankenhäusern, in herrschaftlichen Häusern u. s. w. — Einige Proben von englischen, gepreßten Glasfackeln, welche vorgezeigt wurden, zeichneten sich durch einen hohen Grad von Klarheit und Durchsichtigkeit aus. Diese Gegenstände, hauptsächlich für den Wirtschaftsgebrauch bestimmt, werden in Messingformen gepreßt und sind verhältnismäßig sehr billig. — Einige Mittheilungen wurden über die Reaktionsdampfer gemacht. Bei denselben wird das Wasser mittelst einer Dampfmaschine emporgepumpt und durch zwei Röhren zu den Seiten des Schiffes wieder ausgestoßen. Sind diese Röhren nach hinten gerichtet, so bewegt sich das Schiff vorwärts, sind sie vorwärts gerichtet, so geht das Schiff rückwärts; ist die eine Röhre vorwärts, die andere rückwärts gerichtet, so macht das Schiff eine rasche Wendung, während Schrauben dampfer nur langsame Wendungen ausführen können. Es gewährt demnach Kriegsschiffen, welche möglichst schnell in ihren Bewegungen sein müssen, diese neue Art der Bewegungsmaschinen große Vortheile. Eine Zeitlang fuhr in Stettin auf der Oder ein solcher Reaktionsdampfer, der „Albert.“ — Schließlich wurden noch einige Mittheilungen über Kettenbrücken gemacht. Ein Mitglied der Gesellschaft, welches vor Kurzem in Wien gewesen war, teilte mit, daß über einer der dortigen Kettenbrücken in vollem Trage gefahren werden kann, ohne daß dieselbe ins Schwanken gerathet. Es liegt dies daran, weil die Ketten gegeneinander abgestellt sind. Endo gehen über die Niagara-Kettenbrücke Eisenbahngleise, ohne daß dieselbe ins Schwanken gerathet.

Staats- und Volkswirthschaft.

△ **Berlin.**, 1. März. Der Etat der Telegraphenverwaltung des Norddeutschen Bundes pro 1870 enthält, wie ich Ihnen kürzlich mittheilte, auch ein Extraordinarium von 77,807 Thlr., welche Summe außer für andere Zwecke auch zur Erwerbung der von den Kommunen hergestellten Telegraphenlinien bestimmt ist. Es sind jetzt die allgemeinen Bedingungen, unter welchen den Kommunen die Anlegung und Betreibung solcher Linten gestattet werden soll, und werden dieselben in den nächsten Tagen amtlich veröffentlicht werden. Ihr Inhalt ist folgender: Diejenigen Kommunen, welche eine Telegraphenanlage behufs Anschlusses ihres Orts an das norddeutsche Telegraphennetz herzustellen wünschen, haben sich zunächst an die Telegraphenlinie ihres Bezirks zu wenden. Die Telegraphenverwaltung bestimmt diejenigen Bundes-Telegraphenstationen, mit welcher die neu angulegende Kommunal-Telegraphenstation direkt in Verbindung zu stehen ist. Die Ausführung der Anschlußleitung, sowie der technischen Einrichtung in der Kommunal-Telegraphenstation, hat genau nach den für die Bundes-Telegraphenverwaltung geltenden Prinzipien zu erfolgen. Die Unterhaltung der ganzen Anlage, sowie die durch den Betrieb und die Verwaltung der Telegraphenstation entstehenden Kosten trägt die Commune. Der Telegraphenverwaltung steht das Recht zu, die der Commune gehörenden Telegraphenanlagen gegen Entstättung der Hälfte der Einrichtungskosten zu

übernehmen und zwar in 5 Theilzahlungen innerhalb 5 Jahren. Die durch Unterhaltung und Verwaltung entstandenen Kosten werden nicht vergütet. Die Commune erhält, so lange sie die Telegraphenstation selbst verwaltet, für jede bei ihrer Station aufgegebene Depesche, ohne Rücksicht auf deren Wertzahl, von den nach allgemein gültigen Grundsätzen dafür erhobenen Gebühren einen Anteil von 5 Sgr. Der Rest ist an die Bundes-Telegraphenverwaltung abzuführen. Die Kommunal-Stationen und die dazu gehörigen Telegraphenlinien unterliegen der Kontrolle der Bundes-Telegraphenverwaltung. Die Commune wird für den Fall, daß die von ihr anzulegende Telegraphenlinie solche Strecken berührt, auf welchen sich Bundes-Telegraphen-Gestänge befinden, gestattet, ihren Draht an diese Gestänge, soweit dazu Raum ist, unentgeltlich zu befestigen.

** Zur Nachahmung empfohlen. Im Koswiger Dorf distrikte ist jetzt auf Rechnung des Fiskus, wie einzelner Privatgrundbesitzer eine Beschäftigung im Gange, die eben so nützlich zu werden verspricht, als für der ärmeren Classe zugleich Verdienst verschafft. Um der Verwüstung des Waldes durch die Rasse möglichst ein Ziel zu setzen, läßt man den Stamm jeder Fichte um einige Fuß tief entblößen und schafft die hier in dichten Klumpen im Winterhalbjahr ruhende Ungezieferbrut an die Oberfläche, durch welche frühzeitige Razzia die radikale Vertilgung derselben am sichersten erreicht werden dürfte.

München., 1. März. (Tel.) Bei der heute erfolgten Serienziehung der Bayerischen 4proz. Prämienanleihe wurden die nachfolgenden Serien gezogen: 51, 64, 254, 486, 784, 790, 917, 937, 957, 1027, 1065, 1204, 1321, 1493, 1533, 1566, 1732, 1776, 2102, 2145, 2151, 2213, 2389, 2528, 2574, 2803, 2993, 3034, 3073, 3158. Die Prämienziehung findet am 1. Mai statt.

Wien., 1. März. (Tel.) In der heute stattgehabten Ziehung der 1864er Lotte fiel der Haupttreffer von 200,000 Gulden auf Nr. 48 der Serie 2066. Von sonstigen Serien wurden gezogen: Serie 238, 597, 868, 1335, 1393, 2695, 2837.

Bermischtes.

* **Berlin.** In dem Antiquarium des alten Museums sind jetzt, wenn auch noch nicht für die Dessenlichkeit, so doch für alle, welche sich dafür interessiren, die Gegenstände des Hildegheimer Silberfunds ausgestellt. Diese bedecken eine große breite Tafel, wie man sich wohl vorstellen kann, da der Silberwert des Geschirre 2700 Thlr. beträgt und es gewährt ein großes Interesse, die verschiedenen Geschirre einer altrömischen Silberküche in solcher Vollständigkeit kennen zu lernen. Dazu gehören z. B. vier länglich vierdeckige Teller, wie man sie bis dahin noch nie gesehen hat, verschiedene Schüsseln, Näpfe, Trinkgeschirre und selbst eine Kasserolle. Die getriebene Arbeit in dem Innern der Näpfe und an den Trinkgeschirren gehört zu dem Schönsten, was aus dem Alterthum aufbewahrt ist. Auch das große Mischgeschirr für Wein ist ringsherum mit schönen Figuren bedekt. Ein so reiches Silbergeschirr konnte nur einem Feldherrn gehören, und es ist daher sehr wahrscheinlich, daß es das des Varus war, der ja ein bekannter Kunstsiebzehrer war, da nach dessen Tode an die Rettung des Geschirres nicht mehr zu denken war. Wurden dann die Soldaten, die es vergruben, nachher auch getötet, so mußte es wohl in der Erde bleiben.

* **Paris.** Sehr charakteristisch für die Pariser Sitten ist folgende Geschichte. Eine Mutter verlobte ihren lieben Sohn mit der Tochter eines reichen Mannes; in einem besonderen Vertrage verpflichtete sich die eventuell zurücktretende Partei zur Zahlung eines hohen Neugeldes. Die zärtliche Mutter fand darauf eine noch reichere Partie für ihren Sohn, wollte aber kein Neugeld zahlen, stellte den Sohn also an, daß er eines Tages seine Braut so mit der Reitpfeife mißhandelte, daß sie die Spuren an Nacken und Armen trug, sorgte auch dafür, daß es bekannt wurde. Jetzt trat die Braut zurück, sehr begreiflich, und es begann ein Prozeß über das Neugeld — aber das dauerte nicht lange, denn die zärtliche Mutter holte sich einen Korb bei jener reichen Dame und ließ nur ihr Sohnlein zu seiner ersten, gemischten Braut zurückkehren. Sollte man es glauben, daß das arme Mädchen mußte wirklich den Mann mit der Reitpfeife befreien! Sie lebt mit ihm ganz so gut, wie hier überhaupt Cheleute mit einander leben; man sieht aber, wohin es mit der einst so berühmten altrömischen Galanterie gegen Damen gekommen ist. Dagegen rühmen sich die verlorenen Söhne von Paris jetzt lauter als je die Liebe zur Mutter — wenn nur diese kindliche Liebe uns nicht so verächtlich würde durch das Rührei von Rousseau-Phrasen, mit der sie austritt, wenn diese Mutter nicht zu oft den ungerathenen Bengel gegen die strafende Hand des Vaters schüttet und später nicht noch öfter die Witwerin und Mischbildung — des lächerlichen Lebens würde.

* Aus Stockholm vom 19. Febr. wird der „Post“ geschrieben: „Ein Schrei des Entsetzens und Entrüstung durchsetzt das Land. Schon wieder hat ein Prediger, der sich den Ruf der „Frömmigkeit“ anweisen gewußt hatte, sich des Mordes schuldig gemacht. Vor einigen Jahren nämlich ermordete ein Pastor Lindbäck die armen Schafe seiner Herde, um sie von ihren Dualen zu befreien, indem er die Hosten und den Wein vergiftete, weil er sich als Diener Gottes dazu berufen fühlte. Heute nur ist es ein alter Mann von 60 Jahren, der in der Umgegend von Linköping in der Provinz seit lange das Pfarramt bekleidete, M. Palmgren, der der Unzucht mit dreien seiner Dienstmädchen und des Mordes von zweien derselben beschuldigt ist. Die auf Andringen von 22 Mitgliedern der Gemeinde angestellte Untersuchung hat ergeben, daß Palmgren eines Nachts in das im Hinterhaus belegene Zimmer seines Dienstmädchen durch Fenster gedrungen sei, und daß er ihr später, als die Folgen seines Besuchs sichtbar wurden, „rotbraune Tropfen“ gegeben habe, nach deren Genuss es alsbald verblieben ist; er ließ das Mädchen ohne weiteres begraben. Das zweite Mädchen erhielt ebenfalls, als es den Dienst auf dem Pfarrhof verließ, eine Blaubeere mit Tropfen, die er demselben zu nehmen riet, „wenn es sich ermüdet fühle“. Aus den Zeugenaussagen geht zur Evidenz hervor, daß Palmgren beide Mädchen vergiftet habe. Das dritte Mädchen hatte er in eine Erbhöhle eingesperrt, um es der Distanzlichkeit zu entziehen und ihm ein gleiches Schätzchen zu bereiten. Dasselbe lebte ebenfalls in guter Hoffnung, was Palmgren mit der größten Frechheit im Polizeiverhör zu bestreiten versuchte; es sei dies eine Sache, die nur seine Frau angehe. Trotzdem ließ man diesen ehrwürdigen Geistlichen auf freiem Fuße, der, um den Ausfall der Untersuchung nicht abzuwarten, plötzlich verschwunden ist, man sagt, er sei bereits unterwegs nach Amerika.“

Briefkasten.

○ **In P.** Das in Hofkreis zirkulirende Rätsel „Mein erstes und zweites wird nie verborgt, doch oft verliehen, mein drittes regiert das Finanzministerium, mein Ganzes das Kultusministerium“ lösen Sie durch „Adelheid“, und fragen, ob die „mit großer Willensstärke begabte Gemahlin des Herrn v. Mühlner, welche das Rätsel mit gutem Humor aufgenommen“, den Namen „Adelheid“ führe. Wir wissen es nicht. Vielleicht finden Sie in den Gedichten des Herrn v. M. etwas darüber.

○ **In B.** Der Bericht wird uns in gedrängter Kürze willkommen sein. **In B.** Nur Überfluss an Raummangel war Schuld. Sollten gerade Sie diese Not nicht kennen, welche zumeist durch das Anwachsen der parlamentarischen Kabinen entsteht? Wir, oft dem Ertrinken nahe, bewältigen kaum diese Gewässer, über denen kein Schöpfergeist schwelt. Dorthin wabohu!

Verantwortlicher Redakteur: Dr. jur. Wasner in Posen.

Terminkalender für Konkurse und Subhastationen

für die Zeit vom 4. bis einschließlich 10. März 1869.

A. Konkurse.

I. **Großnetz:** Bei dem Kreisgericht in Bromberg am 19. Febr., Mittags 12 Uhr, der Konkurs über das Vermögen des Frödlers Lewin Poznanski dafelbst. Tag der Zahlungseinstellung: 6. Febr.; einstw. Verwalter: Kaufm. Theodor Simons; Kommissar: Kreisgerichtsrath Kienitz.

II. **Termine und Fristabläufe.** Am 6. März. Bei dem hiesigen Kreisgericht, Worm. 11 Uhr, in den Konk.: 1) des Gutsbesitzers Roman Pilaski in Kołtowo, Prüfung angemeldeter Forderungen; 2) des Kaufmanns Sigismund Słomowski hier, Verkauf der zur Masse gehörenden Außenstände.

Am 10. März. Bei demselben Kreisgericht, Worm. 11 Uhr, in dem

Konk. des Partikuliers Mieczyslaus v. Waligorski, Prüfung einer nachträglich angemeldeten Forderung.

B. Subhastationen.

Es werden verkauft:

Am 4. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Ostromo das dem ic. Gzachursti gehör. Grundstück Bintew Nr. 1, Tage 1146 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Wreschen das dem ic. Blas. geh. Grund. Biedziadzow Nr. 29, Tage 4384 Thlr. 3) Bei dem Kreisgericht in Gnesen das den Alwinschen Cheleuten geh. Grundst. Boleslawowo Nr. 2, Tage 1100 Thlr. 4) Bei der Gerichtskommission in Gilehne das dem ic. Blasing geh. Gfst. Glashütte Nr. 24, Tage 1200 Thlr. 5) Bei der Gerichtskommission in Czarnikau das den Lewinschen Cheleuten gehörige Gdst. Czarnikau Nr. 228, Tage 517 Thlr.

Am 5. März. 1) Bei der Gerichtskommission in Poln.-Krone das dem Gzajnskischen Cheleuten geh. Gfst. Poln.-Krone Nr. 42, Tage 500 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Grätz das den Wendischen Cheleuten gehör. Gdst. Albertoske Nr. 38, Tage 1873 Thlr. 3) Bei dem Kreisgericht in Kempen das dem ic. Klamra gehörige Gdst. Kobylagora Nr. 13, Tage 1060 Thlr.

Am 6. März. Bei dem Kreisgericht in Grätz das den Tantowskischen Cheleuten gehörige Grundst. Januszewice Nr. 1, Tage 620 Thlr.

Am 7. März. Bei dem Kreisgericht hier selbst das den Geschwistern Bartoszewski gehörige Grundst. Jerzy Nr. 57, Tage 2306 Thlr.

Am 8. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Wągrowic das dem ic. Westfeld geh. Gut Strzelislowo, Tage 43,600 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Bromberg das dem ic. Schwanebeck geh. Gdst. Bromberg, Thornerstr. Nr. 207, Tage 8148 Thlr. 3) Bei dem Kreisgericht in Kosten das den Bialskischen Cheleuten geh. Grundstück Kazy Nr. 2, Tage 1744 Thlr. 4) Bei dem Kreisgericht in Kempen das dem ic. Blaster gehörige Gdst. Fiążenice Nr. 1, Tage 3028 Thlr. 5) Bei dem Kreisgericht in Grätz das den Matuszakischen Cheleuten geh. Gdst. Ponowice Nr. 23, Tage 933 Thlr. 6) Bei dem Kreisgericht in Wągrowic das dem ic. Radtki geh. Gdst. Gollancz Nr. 35, Tage 1065 Thlr. 7) Bei dem Kreisgericht in Wreschen das den Bydgoszczischen Cheleuten gehörige Gdst. Miloslam Nr. 69, Tage 816 Thlr. 8) Bei dem Kreisgericht in Schönlanke das den Pantowischen Cheleuten geh. Grundst. Beiale Nr. 1, Tage 515 Thlr. 9) Bei der Gerichtskommission in Kriewen das den Geppertschen Cheleuten geh. Grundst. Bielawie Nr. 11, Tage 2490 Thlr.

Am 9. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Inowracław das den Wagner'schen Erben geh. Gdst. Gnielomo Nr. 51, Tage 4520 Thlr. 2) Bei dem Kreisgericht in Posen das dem ic. Frankowski geh. Gdst. Kicin Nr. 2, Tage 2600 Thlr.

Am 10. März. 1) Bei dem Kreisgericht in Krotoschin das den Jamischischen Cheleuten gehör. Gdst. Koźminek-Polnisch-Hauland Nr. 32, Tage 2050 Thlr. 2) Bei

zieht. In diesem Syrups liegt in Folge seiner vielen gegen Halsleiden seit ältester Zeit bekannten und erprobten Pflanzenteile eine zauberische Heilkraft verborgen, die jedem klar wird, der dies liebliche Getränk nur einmal getestet. Aber nicht nur gegen die ausgebrochene Heiserkeit und schmerzhaften Halsbeschwerden äußert den Syrup seine Zauberkraft — auch als Vorbeugungsmittel gegen solche Affektionen ist er wohl zu empfehlen, da der selbe den Kehl mildernd, einfüllend und besänftigend wirkt und somit sofort die geringste Rauhigkeit im Halse verscheucht. Man lasse es daher nicht zum Ausbruch des Leidens kommen, sondern beherzige den Satz: „Principii obstat“, gebrauche fleißig und bei der geringsten unangenehmen Empfindung im Halse dieses erprobte, auch ärztlicherseits als gut anerkannte Hausmittel.

Berlin, im September 1867.

Dr. Cronen.

Dieses vorzüglich bewährte Hausmittel ist stets in den bekannten Niederklagen zu haben; in **Posen Gebr. Krayn**, Wronkerstraße 1, **Iidor Busch**, Sappeplatz 2, **J. N. Leitgeber**, gr. Gerberstraße 16.

Bekanntmachung.

Nr. 795/69 IIIc.

Die im Kreise Birnbaum in der Revierabteilung Waice des Königlichen Forstreviers Birnbaum belegene Siegel Pechluge, soll von jetzt bis ultimo September 1880 im Wege der Lizitation verpachtet werden.

Das Pachtgelder-Minimum beträgt 500 Thlr., die Kautio 450 Thlr.

Der Lizitationstermin steht am

Freitag den 2. April 1869,

Vormittags 10 Uhr, im Neubelt'schen Gasthause zu Birnbaum vor dem Kgl. Oberförster Hrn. **Krause** an.

Der Pachtvertragsentwurf und die Regeln der Lizitation können werktäglich in den Dienststunden, sowohl in unser Forst-Registratur, als auch bei dem Lizitationstkommissarius zu Vorheide bei Birnbaum und bei dem Oberförster-Kandidaten Herrn **Schmidt** zu Waice eingesehen werden. Zur Besichtigung der Dertlichkeit und der Gebäude mögen Pachtlustige sich bei dem Oberförster-Kandidaten Herrn **Schmidt** in Waice melden.

Posen, 17. Februar 1869.

Königliche Regierung, Abtheilung für direkte Steuern, Domänen und Forsten.

Schnell.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 406 eingetragene Firma **Geschw. Jasse** zu Posen ist erloschen.

Posen, den 23. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Handels-Register.

Die in unserem Firmen-Register unter Nr. 845 eingetragene Firma **Louis Kroh** zu Schwerenz ist erloschen.

Posen, den 25. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.

I. Abtheilung.

Handels-Register.

Zu dem Konkurs über den Nachlaß des Partikuliers **Mieczyslaus Waligorski** aus Posen hat der hiesige Magistrat nachträglich eine Forderung von 24 Thlr. mit dem Vorrecht der II. Klasse angemeldet. Der Termin zur Prüfung dieser Forderung ist

Auf den 10. März d. J.

Vormittags 11 Uhr, vor dem unterzeichneten Kommissar im Verminzimme Nr. 13, anberaumt, wovon die Gläubiger, welche ihre Forderungen angemeldet haben, in Kenntniß gesetzt werden.

Posen, den 20. Februar 1869.

Königliches Kreisgericht.

Der Kommissar des Konkurses.

Caebler.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Posen.

Abtheilung für Civil-Prozeßfachen.

Posen, den 8. November 1868.

Das dem Röhrling August Hermann Bollhase und dessen Ehefrau Boniße geborenen Hildebrandt gehörige, in der Stadt Posen und deren Vorstadt St. Adalbert, unter Nr. 103, belegene Grundstück (Sandstraße Nr. 8), abgeschägt auf 50,558 Thlr. 7 Sgr. 1 Pf., zu folge der, nebst Hypothekenchein in der Registratur einzuhenden Taxe, soll

Am 21. Juni 1869,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung ihre Befriedigung aus den Kaufgeldern suchen haben sich mit ihren Ansprüchen bei uns zu melden.

Der Kaufmann Abraham Nachmann Kuczyński zu Posen resp. dessen Rechtsnachfolger werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Nothwendiger Verkauf.

Königliches Kreisgericht zu Schröda.

Erste Abtheilung.

Das den Thomas und Wanda Dzieruszowsky'schen Cheleuten gehörige, in der Stadt Kostrzyn sub Nr. 8, belegene Grundstück, abgeschägt auf 11,649 Thlr., zu folge der, nebst Hypothekenchein und Bedingungen in der Registratur einzuhenden Taxe, soll

Am 23. Juni 1869,

Vormittags 11 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Die Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung Befriedigung suchen, haben sich mit ihren Ansprüchen bei dem Gericht zu melden.

Schröda, den 28. November 1868.

Angelommene Fremde

vom 2. März.

HOTEL DE BERLIN. Die Rittergutsbesitzer Kapitulowicz aus Lechlin, Jauernik aus Strzelki, Landwirth Budalsch aus Chyby, Bürger Pomorski aus Schröda, die Kaufleute Joseph aus Wronke, Hartung aus Berlin, Organist Hennig aus Berlin.

HERWIG'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Graf Arcu und Frau aus Wręczyn, Bartoń aus Lubasch, Fr. v. Winterfeld aus Miel-Goslin, Fr. v. Reichmeister aus Dobornit, Rittergutsbesitzer Russak aus Labiszyn, die Kaufleute Demberger aus Frankfurt a. M., Lessing aus Elberfeld, Walther aus Leipzig, Möder aus Frankfurt a. M., Vogel aus Bremen und Richtmann und Dr. Weisslog aus Berlin.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Ludendorff aus Kruszwina, v. Treslow aus Radzow, Amtsrichter Palm aus Ostrow, die Lieutenant Graf Schack und Withe aus Lissa, Baumüller v. Seydlitz aus Neutomysl, Bauunternehmer Weizenborn aus Küstrin, die

Kaufleute Weidner Stettin, Voorgang, Pilger und Speler aus Berlin, Lebegott aus Leipzig, Hecht aus Görlitz und Direktor Dr. Schellenberg aus Berlin.

SCHWARZER ADLER. Die Wirtschaftsinspektoren Slawski aus Grunowo, Wittwer aus Lechlin, Frau Gozdzińska aus Schröda.

HOTEL DU NORD. Die Rittergutsbesitzer v. Kropinski aus Wilkowko, v. Dulinski und Frau aus Slawno, Propst Koscielski aus Schmiegel.

BERNSTEIN'S HOTEL. Die Kaufleute Kaylor aus Krotoschin, Kaylor aus Berlin, Kaylor aus Frankenstein, Daniel aus Krotoschin, Dr. Friedländer aus Ostrow, Gebr. Moll aus Lissa, Lamel aus Bölkow, Lubchinski aus Berlin, Clara Reisner aus Schrimm, Inspektor Miaslawski aus Breslau.

KEILER'S HOTEL ZUM ENGLISCHEN HOF. Wirtschaftsinspektor Göbel aus Tarnowo, Zimmermeister Hoffmann aus Neustadt b. P., die Kaufleute Droschner aus Wronke, Guttmann aus Meseritz, Prag aus Rogasen, Mylius aus Breslau.

DREISTERNE. Gutsräte Gadomski aus Golimowo, Wirtschaftsbeamter Dąbrowski aus Bugwitz.

Nothwendiger Verkauf.

Kreisgerichts-Kommission I. zu

Czarnikau.

Das in Gulecz sub Nr. 15A. belegene, früher dem Adalbert Markiewicz, jetzt dem Mühlmeister Nikodem Szczęsny gehörige Grundstück, gerichtlich abgeschägt auf 9433 Thlr. 8 Sgr. 8 Pf. zufolge der nebst Hypothekenschein in der Registratur einzuhenden Tage, soll im neuen Bietungstermin

am 1. Juli 1869,

Vormittags 12 Uhr, an ordentlicher Gerichtsstelle subhastiert werden.

Gläubiger, welche wegen einer aus dem Hypothekenbuch nicht ersichtlichen Realforderung aus den Kaufgeldern Befriedigung suchen, haben ihren Anpruch bei uns anzumelden.

Alle Interessenten der in der Markiewicz'schen Substationssache angelegten

Johann Pokorný'schen,

Moritz Philipp'schen,

Stanislaus Michalski'schen,

Kommendarius Gissmann'schen,

Districtsrath Hanke'schen

Specialmassen werden hierzu öffentlich vorgeladen.

Czarnikau, den 18. Dezember 1868.

Königl. Kreisgerichts-Kommission I.

Bekanntmachung.

Es sind für den hiesigen Festungsbau 500 Schachtröhren geschlagene Feldsteine und Blöcke zu beschaffen und in der Nähe des Warschauer Tores abzuliefern; die Steine in der Größe von einer menschen Faust bis zu einer Faust.

Die Lieferung derselben soll im Wege der öffentlichen Submission ausgetragen werden, wozu ein Termin auf den 10. d. Mts.,

Vormittags 11 Uhr, hierdurch mit dem Bemerkern angezeigt wird, daß die Lieferungs-

Bedingungen in Bureau der Festungs-Bau-Direktion einzusehen sind.

Posen, den 2. März 1869.

Königliche Festungs-Bau-Direktion.

Große Cigarren-rc. Auktion.

Geschäftsauflage wegen werde ich am Mittwoch den 3. Donnerstag den 4. u. Freitag den 5. März, Vormittags von 9 u. Nachmittags von 3 Uhr ab, im Geschäftskontor Wilhelmplatz 17,

gute Havanna-, Hamburger und Bremer Cigarren, verschiedene Rauchtabake, Cigarretten, Wiener Meerschaumsippen u. c.; Freitag um 11 Uhr Laden-Repositorium, Kassestube u. c. öffentlich meistbietend gegen gleich baare Bahlung versteigern. **Rychlewski**, königl. Auktions-Kommissar.

Am Freitag den 5. d. M., Mittags 12½ Uhr, soll ein zum Gendarmeriedienst unbrauchbar gewordenes Pferd meistbietend gegen baare Bezahlung verkauft werden.

Gleichzeitig werden auch zwei Wagenpferde, Füchse, 5 Jahr alt, 5' 3" groß, verkauft werden.

Samter, den 1. März 1869.

Kollath, königl. Kreis-Wachmeister.

Posener Real-Kredit-Bank

A. Nitykowski & Co.

Geschäfts-Uebersicht

vom 28. Februar 1869.

Activa.

Wechsel-Conto M 121,696. 16. —

Fonds-Conto 10,427. 3. —

Hypotheken-Conto 54,610. 25. —

Hypotheken-Lombard-Conto 191,428. —

Effecten-Lombard-Conto 93,030. —

Waaren-Lombard-Conto 3,365. —

Conto-Corrent-Debitor 85,243. 20. —

Rückständige Einzahl, aus Command-Actien 8,700. —

Kassen-Bestand 15,392. 3. 6

Passiva.

Commandit-Aktienkapital incl. Einlage der persönl.

haftenden Gesellschaften M 496,700. —

Einlagen der stillen Gesellschaften 20,670. —

Depositen-Conto 23,300. —

Conto-Corrent-Creditoren 34,258. 26. 6

Reservefond-Conto 165. 24. —

Töchterpensionat von Lydia Cronbach, Dramenstr. 63, Berlin.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Einiges Geld, das ich Ihnen schenke, um Ihnen zu helfen.

Fischnecke, englische und galizische, in allen Gattungen und Größen, Bieh- und Jagdnecke, Stelleisen &c. stets vorrätig und versendet nach Auswärts.

Sigismund Aschheim,

Dachpappen-Fabrik und Seiserwaaren-Handlung,
Wallischei, im Hause des Herrn Apotheker Reimann.

Drillmaschinen

neuester und bester Konstruktion bis zu 4 Zoll Reihen-Entfernung, prämiert in Bromberg, Neumarkt und Pleschen, mit Vorrichtung zum Rüben-Dibbeln, außerdem als Hackmaschine und Kartoffelfürchen-Zieher zu benutzen (Absatz im Jahre 1868 95 Stück) liefert die

Maschinen-Fabrik von J. Kemna,
Breslau, Kleinburgerstraße Nr. 26.



Geesalz
offerirt zum billigsten
Eugros-Preise
Adolph Asch,
Schlossstraße Nr. 5.



Für Destillateure.

Neine, unverfälschte Lindentohle ist wieder zu haben bei

F. Philippenthal in Breslau,
Büttnerstraße 31.

Dr. fette Kieler Sprotten empfiehlt Ketschhof.

Frische Leinküchen
bei **H. Wilk**, Nabbowsche Delffabrik.

Lotterie.

Die Erneuerung der Loope zur 3. Klasse 139. Klassen-Lotterie muss bei Verlust des Anrechts bis zum 5. März d. J. Abends 6 Uhr planmäßig geschehen.

Posen, den 27. Februar 1869.
Der Königliche Lotterie-Ober-Exzessor
Fr. Bielefeld.

Das Glück blüht.
am 9. März beginnt die 2. Klasse.
Pr. Loose 1/1 - 1/2 bei **S. Basch**,
Berlin, Gervaudienstr. 4.

Lott.-Loope 3. Kl., Berliner im Origin. am billigst., auch Ant. 1/8 5/3 Thl. 1/10 2/5 Thl. &c. versend. d. Lott.-Kompt. von **H. Schereck**, Berlin, Breitestr. 10.

Pr. Doose, 1/4 12 (Orig.), 1/8 6, 1/8 3, 1/2 1/2 Thl., vers. Ozanski, Berlin, Jannowitzbrücke 2.

Ein gr. gut mehl. Bimmer, für 1 oder 2 Herren, ist zum 1. März zu verm. Näh. in der Exped. d. S.

Markt 87 ist der erste Stock, bestehend aus 4 zusammenhängenden, heizbaren Sämmern, großer heller Küche nebst Zubehör, vom 1. Okt. d. J. ab zu vermieten. Diese Lokalitäten eignen sich auch besonders zu einem Geschäft. Das Nähere bei **C. Bielefeld**.

Vier Sämmern, Küche m. Wasserk. u. Sud. f. v. 1. April d. J. **Tiefenstr. 11** z. verm.

Ein möblirtes Sämmern ist **Große Mitterstraße 7** sofort zu beziehen.

Graben 4 ist eine herrschaftliche Wohnung von 4 Sämmern, Küche nebst Zubehör sofort oder vom 1. April ab zu vermieten.

Thorstraße 5 ist im Parterre eine Wohnung von 4 Stuben, Alkoven, Küche &c. vom 1. April ab zu vermieten.

Näheres **St. Adalbert 13**.

Börse-Telegramme.

Berlin, den 2. März 1869. (Wolff's telegr. Bureau.)

	Not. v. 1.	v. 17	Not. v. 1.	v. 27	Fondsbörse fest, Kreditthausse.
Rogggen, fest.	49	49	50	50	Märk. Pos. Stm. Aktien 64 64 65
April-Mai	49	49	49	49	Bransofen 177 177 176
Mai-Juni	49	49	49	49	Lombarden 129 129 128
Kanalliste:					Neue Pos. Pfandbr. 84 84 84
nicht gemeldet.					Russ. Banknoten 82 82 82
Rüböl, fest.					Poln. Liquidat. 57 58 57
laufend. Monat 9	9	9	9	9	Pfandbriefe 57 58 57
April-Mai	9	9	9	9	1860 Loose 85 86 81
Spiritus, fest.					Italiener 58 58 57
laufend. Monat 15	15	15	15	15	Amerikaner 86 87 87
April-Mai	15	15	15	15	Türken 41 42 41
Kanalliste:					
nicht gemeldet.					

Stettin, den 2. März 1869. (Marcus & Maas.)

	Not. v. 1.	v. 17	Näböl, ruhig.	Not. v. 1.	v. 27
Weizen, ruhig.			April-Mai	9	9
Frühjahr	67	68	Sept.-Okt.	10	9
Mai-Juni	68	67	Spiritus, behauptet.		
Juni-Juli	69	68	Frühjahr	14	14
Rogggen, still.			May-Juni	15	14
Frühjahr	49	49	Juni-Juli	15	15
Mai-Juni	49	49			
Juni-Juli	50	50			

Börse zu Posen

am 2. März 1869.

Wonds. Posener 4% neue Pfandbriefe 84 Br. do. Rentenbriefe 66 Br. do. 5% Provinzial-Obligationen —, do. 5% Kreis-Obligat.

7

Gummi-Unterlagstoff
in vorzüglicher Qualität, empfiehlt
Joachim Bendix.

Alsfénide-

Eckbestecke und Tafelgeräthe
in Eleganz und Dauerhaftigkeit dem
Silber gleich, empfiehlt

August Klug,
Breslauerstr. 3.

Vier sehr gute **Pianinos**
sind sofort billig zu vermieten bei
C. Kirsch, St. Martin 60.

3 Arbeitswagen stehen billig zum Ver-
kauf beim Fuhrmeister

Gustav Schwarz, Gr. Gerberstr. 49.

Wegen Wirtschaftsveränderung stehen auf
dem Dom. **Owilecki** pr. Gnezen mehrere
Brennerei-Böttiche, 1 Spiritus-Lagerfaß, 1
eiserner Dampfkessel, 1 Kartoffelquetschmühle
und Darrblätter zum Verkauf.

Für den Monat März

wird ausnahmsweise ein Monats-Aboonement eröffnet auf die

Modenwelt,

die einzige billige Moden-Zeitung mit Original-Illustrationen, dabei an solchen ebenso reichhaltig wie selbst die theuersten anderen derartigen Blätter.

Preis für den Monat März: 3 Sgr. 4 Pf.

Preis pro Quartal: 10 Sgr.

Die Nummer vom 1. März mit 119 Abbildungen und 26 Schnittmustern ist in allen Buchhandlungen vorrätig. Zur Annahme von Abonnements empfiehlt sich

Louis Türk, Wilhelmstraße 4.

Saison-Theater.

Mittwoch den 3. März: 1) **Fran Sonne**.
Schwank in 1 Akt von Schlesinger. 2) **Der Blaue Regen als Chevalier**. Dramatische Anekdote in 2 Akten von Raupach. 3) **Die alte Schachtel**. Lustspiel in 1 Akt von G. v. Putlitz.

Bazar-Saal.

Sonnabend den 6. März 1869,
Abends 7 1/2 Uhr,

CONCERT

gegeben von

Sigismund Blumner

aus Berlin,

unter Mitwirkung der Frau
Emma Wernicke-Bridgeman
aus London.

PROGRAMM.

- 1) Variationen und Tugie, Es-dur op. 35 Beethoven.
- 2) Recitativ und Arie „O mio Fernando“ aus Favoritin Donizetti.
- 3) a. Menuett. Divertimento Mozart. b. Gavotte und Bourrée (V. franz. Suite)
- c. Spinnerlied Sebastian Mendelssohn.
- 4) a. Wenn der Frühling op. 10 Ludwig Hartmann. b. Im Gras der erste Morgenbau, op. 13 Ludwig Hartmann.
- 5) Wanderer-Fantaisie op. 15 Schubert.
- 6) a. Haliden-Röslein Schubert. b. Mermaid's Song Jos. Haydn.
- 7) a. Wiegenlied S. Blumner. b. Feu follet Prudent. c. Graf v. Riedern's Allegro S. Blumner.

Billets zu nummerirten Sitzen à 15 Sgr. sind zu haben in der Hof-Württemberg-Handlung von **Ed. Böle & C. Böck**.

Kassenpreis 25 Sgr.

Musikalisches.

Als anerkannt tüchtiger Klavierstimmer empfiehlt sich der hochgeehrte Herrn Posens und der Umgegend bestens **A. Queva**, Klavierstimmer, St. Martin 60, 3 Et., bei Beh.

Volksgarten-Saal.

heute Dienstag den 2. und Mittwoch den 3. März

großes Konzert u. Vorstellung.

Aufgetreten der aus zehn Personen bestehenden auszeichneten **Gymnastiker-, Pantomimiker- und Plastiter-Gesellschaft** des Directors Mr. **Charles Alfonso**. Entrée an der Kasse 5 Sgr. Kinder 1 1/2 Sgr. Anfang 7 Uhr. Tagess-Billets à 3 Sgr. in der Konditorei des Herrn **R. Neugebauer**, Wilhelmstraße 10. **Emil Tauber**.

ist zu unveränderten Preisen gemacht worden. Gefündigt 700 Et. Kündigungspreis 9 Sgr.

Spiritus in fester Haltung, aber nur wenig belebt. Gefündigt 10,000 Quart. Kündigungspreis 15 1/2 Sgr.

Weizen loko pr. 2100 Pf. 62—72 Sgr. nach Qualität, gelb märk. 67 Sgr.

bz. pr. 2000 Pf. 50 1/2 Sgr. ab 62 Sgr. bis Juni-Juli 63 1/2 Sgr.

Rogggen loko pr. 2000 Pf. 50 1/2 Sgr. ab 62 Sgr. per diesen Monat 49 1/2 Sgr. a 1/2 Sgr. bz. März-April —, April-Mai 49 1/2 Sgr. ab 62 Sgr. Mai-Juni 49 1/2 Sgr. a 1/2 Sgr. Juli-August 49 1/2 Sgr. ab 62 Sgr. a 1/2 Sgr.

Gerste loko pr. 1750 Pf. 42—54 Sgr. nach Qualität.

Hafser loko pr. 1200 Pf. 30 1/2—34 1/2 Sgr. nach Qualität, 31 a 33 1/2 Sgr.

bz. pr. diesen Monat 31 1/2 Sgr. bz. März-April —, April-Mai 31 1/2 a 31 Sgr.

Gräser pr. 2250 Pf. Kochware 60—68 Sgr. nach Qualität, Butterware 58—57 Sgr. nach Qualität.

Raps pr. 1800 Pf. 79—83 Sgr.

Rüben, Winter 78—82 Sgr.

Rüben loko pr. 100 Pf. ohne Haf 9 1/2 Sgr. bz. per diesen Monat 9 1/2 Sgr. a 1/2 Sgr. bz. März-April do., April-Mai 9 1/2 a 1/2 Sgr. Mai-Juni 9 1/2 a 1/2 Sgr. Juli 10 1/2 Sgr.

Leinöl loko 10 1/2 Sgr.

Spiritus pr. 8000 % loko ohne Haf 14 1/2 a 15 Sgr. bz. loko mit Haf per diesen Monat 15 1/2 a 1/2 Sgr. bz. a Br. 15 Sgr. März-April do., April-Mai 15 1/2 a 1/2 Sgr. bz. b. Br. 1/2 Sgr. b. Br. u. Br. 1/2 Sgr. Mai-Juni 15 1/2 a 1/2 Sgr. bz. b. Br. u. Br. 1/2 Sgr. b. Br. u. Br. 1/2 Sgr. August-Sept. 16 1/2 a 1/2 Sgr. bz. b. Br. u. Br. 1/2 Sgr. b. Br. u. Br. 1/2 Sgr.

Weizen matter, p. 2125 Pfd. loko gelber 65—69 Rt., ungar. 58—65 Rt., blauspürger 55 Rt., weicher 69—71 Rt., geringer 66—68 Rt., hunder 66—67 Rt., 83½ Pfd. gelber pr. Frühjahr 67½, ½ bz., Br. u. Gd., Mai-Juni 68 bz.

Roggen wenig verändert, p. 2000 Pfd. loko 49—50½ Rt., pr. Frühjahr 49½, ½ bz., Mai-Juni 50 bz., Juni-Juli 51 bz. u. Br.

Serfe unverändert, p. 1750 Pfd. loko ungar. 40—46 Rt.

Häfer matt, p. 1300 Pfd. loko 33½—33½ Rt., pommer. 34—34½ Rt., 47½ Pfd. Frühjahr 33½ Br.

Grüßen p. 2250 Pfd. loko 54½—55½ Rt., Koch. 56—57½ Rt.

Rüböl behauptet, loko 9½ Rt. Br., Anmeldung 9½ bz., pr. März-April und April-Mai 9½ bz., Sept.-Okt. 10½ bz., Br. u. Gd.

Spiritus wenig verändert, loko ohne nach 14½ Rt. bz., pr. März 14½ Br., ½ Gd., Frühjahr 14½ Br. u. Gd., Mai-Juni 15½ Gd., Juni-Juli 15½ Br. u. Gd., Juli-August 15½ bz., 15½ Br. u. Gd.

Angemeldet: 100 Br. Rüböl.

Regulierungspreise: Weizen 68 Rt., Roggen 50 Rt., Rüböl 9½ Rt., Spiritus 14½ Rt.

Pottasche fester, Ima Kasan. 7½ Rt. gef.

Petroleum loko 8 Rt. bz. und gefordert.

Leinsamen, Windaner 11½ Rt. bz.

(Ostl.-Btg.)

Preise der Cerealien.

(Gefestigungen der polizeilichen Kommission.)

Breslau, den 1. März 1869.

	feine	mittlere	ord. Ware.
Weizen, welcher	78—81	75	68—72 Sgr.
do. gelber	75—76	73	69—72
Roggen, schlesischer	60—61	59	57—58
do. fremder	—	—	—
Serfe	57—58	56	54—55
Häfer	37—39	36	34—35
Erbse	67—71	63	57—60
Raps	204	192	180
Rüben, Winterfrucht	188	182	172
Rüben, Sommerfrucht	176	172	164
Dotter	168	162	154

Breslau, 1. März. [Amtlicher Produktion-Börsenbericht.]

Kleesaat, rothe etwas fester, ordin. 8½—9½ mittel 10½—11½, fein 12—13, hochfein 13½—14½.

Kleesaat, welche behauptet, ord. 10—13, mittel 14—15, fein 17—18, hochfein 19—20½.

Rogggen (p. 2000 Pfd.) fester, pr. März und März-April 47½ Br., April-Mai 48 bz. u. Br., Mai-Juni 48½ bz. u. Gd., Juni-Juli 49½ Br. Am Markt Mai-Juni 48½ bz.

Weizen pr. März 61½ Br.

Serfe pr. März 50 Br.

Häfer pr. März 49½ Br., April-Mai 49½ bz.

Raps pr. März 95½ Br.

Lupinen mehr offerirt, p. 90 Pfd. 51—54 Sgr.

Rüböl wenig verändert, loko 9½ Br., pr. März u. März-April 14½.

April-Mai 9½ bz. u. Br., Mai-Juni 9½ bz. u. Gd., Sept.-Okt. 10 bz.

Rapsflocken höher, 66—68 Sgr. pr. Br.

Leinkuchen 95—97 Sgr